

Marx – kritisch domestiziert

Johannes Rohbeck, Marx, Reclam Verlag, Leipzig 2006, 137 S., 9,90 Euro

Der Dresdner Philosophie-Professor Johannes Rohbeck liefert mit diesem Buch eine Kurzeinführung in das Marxsche Denken, die beansprucht, auch Ergebnisse der neueren Marx-Forschung zu berücksichtigen. Marx' Werk soll als philosophisch angeleitete, interdisziplinäre Gesellschaftstheorie begriffen werden (12f.). Zu diesem Zweck wird in sechs Kapiteln ein systematischer Zugang vor allem zum Spätwerk gesucht, wobei Motive der Ökonomiekritik ebenso behandelt werden, wie deren ethische Implikationen und methodische wie geschichtstheoretische Dimensionen. Nicht nur eine dem schmalen Umfang der Schrift geschuldete knappe Rekonstruktion, auch die Überprüfung der Aktualität Marxscher Theoreme ist dabei Programm.

So wird Marx' Dechiffrierung und Historisierung der bürgerlichen Geschichtsphilosophie als Theorie der Konstitution von Weltgeschichte durch den Weltmarkt angeführt, wobei seine Kritik teleologischer Konstruktionen gegen gängige Unterstellungen eines vermeintlichen ‚Historizismus‘ aufgeboten wird (84ff.). Auch die bereits im Frühwerk zu verzeichnende und im ‚Kapital‘ begründete Kritik kommunikationstheoretischer Verharmlosungen des Geldes als bloßes Medium der Vergesellschaftung (55) begreift der Autor als hochaktuell. In einem gelungenen Überblick wird Marx' Analyse einer Verselbständigung des sozialen Zusammenhangs und einer Verkehrung von Mittel und Zweck in den Reichtums-

formen Geld und Kapital sowie innerhalb des industriellen Produktionsprozesses nachgezeichnet (59f.). Statt einer bewussten Regelung des gesellschaftlichen Stoffwechsels herrsche ein versachlichter, in dinglicher Gestalt verfestigter, unbewusster Zusammenhang der Arbeiten (56, 107), mutiere das ‚Medium‘ Geld mittels des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital zum den ganzen Globus umspannenden Selbstzweck, der noch die Vorstellungen und Motive der Menschen präge (61f.). Auch die reduktionistische Lesart des Marxschen Arbeitsbegriffs im Gefolge von Hannah Arendt und Jürgen Habermas wird zurückgewiesen. Statt, wie von diesen unterstellt, gesellschaftliches Handeln auf monologische Naturmanipulation zurückzuführen, betrachte Marx Arbeit vor allem als historisch-spezifisches soziales Verhältnis, das im Kapitalismus die Einheit gesellschaftlicher Reproduktion stifte (39). Marx' gesellschaftstheoretischer Zugang zu Arbeit und Technik biete eine Alternative zur heute gängigen Trennung technischer von sozialen Dimensionen und ihrer nachträglichen, äußerlichen Inbezugsetzung als ‚Technik und Moral‘ oder ‚Arbeit und Interaktion‘ (17, 44).

Doch wird auch von Rohbeck, ohne Sinn für die darin liegende Ironie, Marx' Kritik der Franklinschen Charakterisierung des Menschen als „toolmaking animal“ als dessen eigene Anthropologie verkauft (42). Bei näherem Hinsehen offenbart diese meist solide und verständlich geschriebene Einführung sogar eine ganze Reihe problematischer Züge. Allen voran zu nennen ist die ohne

jede inhaltliche Begründung auskommende Behauptung des Autors, „die marxische Utopie [sei] widerlegt“ (19), das „revolutionäre Projekt von Marx [...] gescheitert“ (79), weshalb „das Faktum Marktwirtschaft [...] anzuerkennen“ (66) sei. Aufgabe könne es lediglich bleiben, den globalen Kapitalismus politisch zu zähmen und „in der von uns als fremd erfahrenen Welt sinnvoll zu leben“ (66). Neben dem tendenziösen Charakter seiner Behauptungen, die sich lediglich auf ein suggestives „man hat doch gesehen, wie es im Ostblock gelaufen ist“ stützen, bleibt die Frage, wie Rohbeck seine ebenso abstrakt wie hilflos anmutenden Beschwörungen einer Zivilisierung des Kapitalismus mit den auch von ihm weitgehend als zutreffend gelobten Diagnosen von Marx vereinbaren will. Hier tritt offenbar das „polizeilich Erlaubte und logisch Unerlaubte“ (Marx) an die Stelle kritischen Denkens. Allerdings versucht der Autor bisweilen seine explizite politische Domestizierung von Marx mittels einer impliziten theoretischen Domestizierung der Ökonomiekritik zu fundieren. So wird ganz im Stile des traditionellen Marxismus nicht die Formtheorie der Arbeit, sondern die Mehrwerttheorie als Kern der Marxschen Kapitalismuskritik behauptet (26). Diese wird dann auch noch als moralische Kritik einer „unter kapitalistischen Bedingungen [...] ungerechtfertigt[en]“ (26) Aneignung fremder Arbeit präsentiert. Die richtige Einsicht, dass Marx im ‚Kapital‘ nicht eine ‚einfache Warenproduktion‘, sondern die kapitalistische zum Gegenstand mache, wird dazu missbraucht, eine Kritik waren- und

geldförmiger Vergesellschaftung generell als „Sozialromantik“ (66, vgl. auch 48) zu diskreditieren. Wäre doch dann „jeder Warentausch mit Entfremdung gleichzusetzen“ (66), was ja nun wirklich ungehörig wäre! Realsozialistische Politökonomen hätten Rohbeck hierin begeistert zugestimmt. Zu dieser Geringschätzung der Marxschen Werttheorie passt die schlichte Abwesenheit einer qualitativen Wertbestimmung in dieser Einführung. Ist von Wert die Rede, erfolgt prompt ein Rekurs auf die quantitative Dimension, die gesellschaftliche Durchschnittsarbeitszeit (32, 134). Marx habe sich „lediglich der gängigen Position der damaligen Nationalökonomie angeschlossen“ (33) und sich in der analytischen Reduktion von Geld auf Arbeitswert auf deren Forschungsergebnisse gestützt (100). In solchen Passagen geht das, was an anderer Stelle durchaus Erwähnung findet, nämlich Marx’ ‚philosophische‘ Formtheorie der Arbeit, vollständig verloren. Dass Marx dem nationalökonomischen Arbeitswertbegriff verkürzte und falsche Abstraktionen vorwirft und sich bereits in der Bestimmung von wertschaffender Arbeit von dieser radikal unterscheidet, bleibt außen vor.

Eine entscheidende Operation im Zuge von Rohbecks Marx-Domestizierung ist auch seine traditionalistische Behauptung, Marx formuliere eine immanente Kritik des Kapitalismus, welche diesen „an seinen eigenen normativen Ansprüchen misst“ (71). Zwar erwähnt er zu Recht, dass Marx’ Moralkritik sich von Nietzsches Moraldstruktion darin unterscheide, das Ineinander von spezifischen normativen An-

sprüchen und Herrschaft zu denunzieren (69f.). Doch es sind gerade deshalb nicht die zirkulationsbezogene Gleichheit und privatautonome Freiheit der Warenbesitzer, die Marx als normative Maßstäbe verwendet, um den Kapitalismus zu kritisieren. Solcherart von Kritik hat er in den „Grundrissen“ eine klare Absage erteilt, weil er diese Bestimmungen als notwendig mit produktionsbezogener Ungleichheit und gesamtgesellschaftlicher, struktureller Unfreiheit verbunden sah. Rohbeck behauptet dagegen, Marx plädiere „dafür, die juristisch-formal angelegten Potenziale inhaltlich zu erweitern und auf einem anderen Feld zu realisieren“ (77). Das widerspricht aber Marx' Kritik der Rechts- und Staatsform und läuft auf eine bloße Verrechtlichung der Produktionssphäre hinaus, wie sie im ‚Kapital‘ bereits als immanente Tendenz der bürgerlichen Gesellschaft analysiert worden ist. Geradezu absurd zu nennen sind daher auch die Aussagen, Marx habe „seine moralischen Forderungen in Kategorien des Rechts formuliert“ (78) und später gemeint, der bürgerliche Staat solle anstatt (!) einer radikalen Revolution für die Interessen der Arbeiter „in den Dienst genommen werden“ (81). Auch der Vorwurf, Marx habe keine Möglichkeit einer inneren Entwicklung und Veränderung der kapitalistischen Produktionsweise anerkannt (18, 93, 105), ist grotesk. Wenn der Autor z.B. das 8. Kapitel des ersten ‚Kapital‘- Bandes nicht als moralisch getränkte Beschreibung des Elends der Arbeiter im 19. Jahrhundert begreifen würde (26f.), sondern als Analyse der systemstabilisierenden politischen Durchsetzung gesamtkapita-

listischer Interessen gegen einzelkapitalistische, wenn ihm Marx' Theorie der realen Subsumtion des Produktionsprozesses unter das Kapital anlässlich dieser Problematik einfallen würde oder auch nur dessen Äußerung, dass der Kapitalismus „kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozeß der Umwandlung begriffener Organismus ist“, dann könnte er seine These wohl kaum aufrecht erhalten.

Auch das abschließende Methodenkapitel hinterlässt einen ambivalenten Eindruck. So erwähnt Rohbeck zu Recht den wichtigen Anteil analytischer Vorgehensweisen im ‚Kapital‘. Doch seine an Gerald Cohen angelehnte These, es gebe hier genuin „funktionale Erklärungen“ (98), scheint mir nicht plausibel, weil bereits die Annahme der Existenz funktionaler Erklärungen als eigenständiger Typus von Erklärungen heftig umstritten ist und Cohens Ansatz letztlich auf Tautologien statt Erklärungen hinausläuft. Ein weiterer der vielen ohne Begründung auskommenden Vorwürfe, nämlich der, Marx halte in seiner Systemanalyse „an Hegels Idee der Einheit fest und verstell[e] sich damit den Blick auf einen offenen Geschichtsverlauf“ (106), verkennt schlicht die Spezifik der Marxschen Darstellung. Hier bedeutet die Einheit widersprüchlicher Relationen – im Gegensatz zu Hegel – stets die innere Vermittlung ihrer Relate, wobei zugleich auf „bleibende Differenz[en] innerhalb der Vermittlung“ (Arndt) hingewiesen wird. Auch der Gedanke von Grenzen dialektischer Darstellung (und damit der Systemhaftigkeit des analysierten Gegenstands) ist im Marxschen

Denken konstitutiv präsent. Methodologisch vertritt Rohbeck zwar mehr oder weniger eindeutig die Auffassung, Marx' „Kapital“ sei eine logisch-systematische Strukturanalyse der kapitalistischen Formbestimmungen (92), doch bleibt es vor diesem Hintergrund einigermäßen rätselhaft, warum er die Werke Jindrich Zelenýs und W.F. Haugs, die diese Methode bereits im Ansatz verfehlen, als „Klassiker“ (122) bzw. „Standardwerk zur Methode von Marx“ (124) bezeichnet und damit theoriegeschichtlich unerfahrene Leser in die Irre führt.

Ingo Elbe

Kompakte Kapitalismusgeschichte

James Fulcher, Kapitalismus, übersetzt von Christian Rochow, Philipp Reclam jun., Stuttgart 2007. 190 S. 5 Euro

Kurze Einführungen in den Kapitalismus haben seit einigen Jahren international Konjunktur. Es handelt sich in der Regel um Texte für den akademischen Unterricht. Einer davon: „Capitalism – A Very Short Introduction“ (Oxford/New York: Oxford University Press, 2004) ist jetzt ins Deutsche übersetzt worden.

Die Frage „Was ist der Kapitalismus?“ beantwortet der Autor zunächst in drei historischen Fallbeispielen anhand des Handelskapitalismus, der „kapitalistischen Produktionsweise“ (worunter er den Industriekapitalismus versteht) und des „Finanzkapitalismus“. Letzterer ist nicht identisch mit der von Rudolf Hilferding 1910 beschriebenen Vari-

ante, sondern meint den von Susan Strange so bezeichneten „Casino Capitalism“ (auf Seite 19 mit „Spielbankkapitalismus“ übersetzt). Doch schon früh findet sich eine allgemeine Definition: „Kapitalismus heißt im Wesentlichen, in Erwartung eines Gewinns Geld in ein Unternehmen zu investieren“, (8) an anderer Stelle: „die Investition von Geld in der Absicht, einen Profit zu erzielen.“ (23) Das zweite wichtige Merkmal: die Akkumulation, fehlt jeweils; sie wird vielleicht als selbstverständlich vorausgesetzt.

In einem zweiten Zugriff referiert der Autor die Entstehungsgeschichte des Kapitalismus, unter besonderer Berücksichtigung der Fragen: „Warum Großbritannien?“ und „Warum Europa?“ Fulcher vermutet, dass der Feudalismus in Großbritannien „weniger fest etabliert war“ (39) als anderswo: Es sei bereits früh zu einer Zentralisierung der staatlichen Gewalt gekommen. „Die herrschende Klasse war daher in England weniger als anderswo in Europa fähig, unter Einsatz lokaler militärischer Mittel der Bauernschaft einen Mehrwert abzugewinnen. Sie hing stärker von den ökonomischen Mechanismen des Landbesitzes, der Verpachtung und der Lohnarbeit ab. Der relativ vereinheitlichte Staat erleichterte zudem die Herausbildung eines landesweiten Marktes.“ (Ebd.) Andererseits – und gewiss zutreffend – liege der Grund für das Reüssieren des Kapitalismus in Europa vielleicht „auch im Feudalismus selber“ (48). „Die Verpflichtung der Bauern, für den Grundherrn Arbeitsdienste zu leisten oder Produkte zu liefern, konnte durch Geldzahlungen abge-

löst werden; dafür aber mussten die Bauern durch Lohnarbeiter oder den Verkauf ihrer Erzeugnisse auf Märkten Geld einnehmen. Die Feudalherren stimulierten selber den Handel und die Herstellung von Gütern, indem sie ihre den Leibeigenen abgepressten Gewinne für Luxusprodukte abgaben.“ (49)

Der Verfasser unterscheidet im historischen Längsschnitt einen „anarchischen“ und einen „gesteuerten“ Kapitalismus sowie den gegenwärtigen „revitalisierten Marktkapitalismus“. In der Gegenwart sieht er eine „schwedische“, die „US-amerikanische“, die „japanische“ und die „deutsche“ Variante. Letztere weist Gemeinsamkeiten mit dem „schwedischen“ Kapitalismus auf, allerdings sei die wohlfahrtsstaatliche Komponente weniger deutlich ausgeprägt, „weil die Familienversorgung an die Beschäftigung gebunden wurde. Hierin liegt eine gewisse Ähnlichkeit zu Japan, wenn auch dort die Wohlfahrtsleistungen der Unternehmen wesentlich besser ausgebaut waren als die des Staates.“ (116) Die Verwerfungen der 1980er und 1990er Jahre hätten die deutsche Version zwar (geringfügig) modifiziert, jedoch nicht aufgehoben. „Die für das deutsche Modell charakteristische institutionalisierte Kooperation wurde angepasst, aber in der Anpassung ist die Besonderheit des deutschen Kapitalismus erhalten geblieben.“ (120)

Alternativen sieht der Verfasser nicht zum Kapitalismus, aber innerhalb desselben. „Das bedeutet natürlich nicht, dass man sich nach Belieben für einen bestimmten Kapitalismus entscheiden kann, denn die in einer jeden Gesellschaft bestehenden Insti-

tutionen beschränken die Wahl. Aber es bedeutet schon, dass sich die Menschen darum bemühen können, ihren vorgegebenen Kapitalismus in die Richtung zu verändern, die sie für angemessen halten. Die These, dass die Marktkräfte zwingend und zunehmend in einer kapitalistischen Gesellschaft die Politik überwältigen, lässt sich nicht aufrecht erhalten, denn die vergleichende Betrachtung der Kapitalismen lehrt, dass ganz unterschiedliche organisatorische und institutionelle Strukturen die Wiederbelebung der Marktkräfte überdauern haben und vollkommen mit funktionierenden Marktmechanismen kompatibel sind.“ (121f.)

Der Begriff „Globalisierung“ wird erfreulicherweise in verifizierbare Einzeltatsachen aufgelöst: „Globale Fertigung“, „Globale Telearbeit“, „Globaler Tourismus“, „Globale Landwirtschaft“, „Globales Geld“. Diese trennt er von den „mächtige[n] und in die Irre führende[n] Mythen“ (147). Fulcher charakterisiert sie so: „Der *erste Mythos* ist, dass die Globalisierung ein neues Phänomen darstelle, denn in Wahrheit hat sie tiefe Wurzeln in der Geschichte. Der *zweite Mythos* behauptet, das Kapital zirkuliere global, während es sich in Wahrheit zu großen Teilen nur zwischen einer kleinen Gruppe reicher Länder bewegt. Der *dritte Mythos* erklärt, der Kapitalismus wäre nun global und nicht mehr national organisiert. In Wahrheit sind die Unterschiede zwischen den Ländern so wichtig wie eh und je, und die Nationalstaaten spielen weiterhin eine Schlüsselrolle für die Aktivitäten der internationalen Konzerne. Der *vierte Mythos* lautet, der globale Kapitalis-

mus vereinheitliche die Welt. In Wahrheit jedoch wurde die Welt durch die internationale Ungleichverteilung des Reichtums immer tiefer gespalten, je globaler der Kapitalismus wurde.“ (147f. Kursivdruck im Original)

Auf Seite 129 befindet sich wahrscheinlich ein Übersetzungsfehler: „Als Konsumenten haben die Arbeiter in den alten Industriegesellschaften zweifellos profitiert, da die billige Arbeit des Auslands und der größere internationale Wettbewerb die Waren verbilligt haben, die sie kaufen können, aber die Reallöhne in den alten Industriegesellschaften sind seit den 1980er Jahren gefallen.“ Verwohlfelierung der Waren bedeutet nur dann keine Steigerung der Reallöhne, wenn die Nominallohne noch stärker sinken. Dies wäre hier zu belegen gewesen.

Krisenhaftigkeit ist für den Autor ein durchgehendes Merkmal des Kapitalismus in seiner gesamten bisherigen Geschichte, aktuell unter der Drohung einer Deflation. Hier wäre zu fragen, inwieweit Fulcher diese 2004 aufgestellte These im gegenwärtigen Aufschwung der weltweiten Konjunktur unmodifiziert beibehält.

Abschließend wiederholt der Autor seine Auffassung, dass absehbar Alternativen nur innerhalb des Kapitalismus vorstellbar sind.

Ingesamt ist James Fulcher eine beidenswert kompakte, informative und klare Überblicksdarstellung gelungen.

Georg Fülberth

Alternativen zum Neoliberalismus

Hans-Georg Draheim/Dieter Janke (Hrsg.), Legitimationskrise des Neoliberalismus – Chance für eine neue politische Ökonomie? Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2007, 207 S., 11,50 Euro

Der Tagungsband der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen enthält Beiträge eines Workshops im Herbst 2006 zu den beiden im Titel genannten Schwerpunkten. Am ausführlichsten und stärksten sind die kritischen Beiträge zum Neoliberalismus, wobei für den Leser offen bleibt: Was ist der Neoliberalismus, eine Theorie oder eine politische Position? Nach der Überschrift müsste man annehmen, er sei eine Theorie, da die politische Ökonomie auch eine Theorie ist.

Herbert Schui charakterisiert den Neoliberalismus als „Idee“, die sich negativ zu den Konzepten des Wohlfahrtsstaates und des Keynesianismus definiert. So schreibt er: „[...] Neoliberalismus ist das moderne Projekt der Gegenaufklärung“. Der Neoliberalismus hat das Ziel, „einen uneingeschränkten Kapitalismus zu restaurieren ...“. Karl Georg Zinn behandelt die Grundzüge und Besonderheiten des Neoliberalismus in Deutschland und begründet, dass „[...] der Neoliberalismus der Gegenwart eine durch Verdrehungen und Auslassungen deformierte Schrumpfform des im 17. und 18. Jahrhundert gegen den Feudalismus gerichteten Liberalismus“ darstellt. „Aus der Ideologie des revoltierenden Bürgertums wurde die Ideologie der neuen herrschenden Klasse der Kapitaleigner“.

Jürgen Leibiger antwortet auf die Frage, ob die Krise des Neoliberalismus Realität oder Wunschtraum sei: „Von einer Krise des Neoliberalismus kann [...] keine Rede sein“.¹ Er meint, dass die Bezeichnung Neoliberalismus heute für nahezu alle Theorien und politischen Strömungen verwendet wird, die von der Priorität des Marktes auf der Grundlage privaten Interesses ausgehen. Zutreffender für diese Gesamtströmung in Theorie und Politik wäre der Oberbegriff „Marktradikalismus“.

Klaus Müller sucht nach einer „alternativen Geldpolitik“ und zeigt, dass das neoliberale Credo „mehr Markt – weniger Staat“ auf einen Irrweg führt. Sein Fazit: „Eine linken Interessen verpflichtete alternative Geldpolitik ist innerhalb des profitgesteuerten Marktmechanismus nicht möglich“. Unklar bleibt, was die „linken Interessen“ sind, Interessen der Arbeiter, der Handwerker, der Bauern? Karl Mai beschreibt in Thesenform das Spannungsfeld zwischen neoliberalen Leitbildern und antineoliberalen Alternativen und folgert: „Die aktuelle theoretische und politische Alternative zum Neoliberalismus und seiner einseitigen Angebotsdogmatik ringt um größeren Einfluss in der Öffentlichkeit [...] Diese Alternative schöpft aus dem Erbe der Theorie von J. M. Keynes, der die Rolle von staatlicher Nachfragepolitik und von volkswirtschaftlicher Endnachfrage [...] betonte.“ Im Kampf gegen die Kapitalinteressen ist es Aufgabe der politischen Linken, die Interessen derjenigen

Schichten und Gruppen zu vertreten, „die nicht von ihren privaten Kapitaleinkünften leben können und einen sozialgerechten Verteilungsmodus beim Volkseinkommen erhoffen [...]“ Joachim Bischoff charakterisiert in seinem Beitrag „Finanzmarktkapitalismus und politische Alternativen“ die stärker gewordene Rolle der Finanzsphäre: Die Finanzsektoren sind schneller gewachsen als die Weltproduktion und der Welthandel und ihre Expansion ist zugleich mit einer Internationalisierung verbunden. Das private Geld- und das Immobilienvermögen sind bedeutend größer geworden, wobei es vor allem in zehn Prozent der Haushalte konzentriert ist. Die Alternativen zielen auf eine gesellschaftliche Kontrolle der Vermögen; die Linke muss sich für eine stärkere Besteuerung der Gewinne und Vermögen einsetzen.

Insgesamt mangelt es den im zweiten Schwerpunkt dargelegten Alternativen an grundsätzlichen Perspektiven und an Überzeugungskraft. Zugleich bleibt offen, warum es eine „neue“ politische Ökonomie geben müsste; bisher sind die „bürgerliche politische Ökonomie“ und die „marxistische politische Ökonomie“ bekannt. Darauf gibt keiner der Autoren eine Antwort.

Horst Müller referiert über die historischen Schranken der Kapitalwirtschaft. Hinsichtlich der Alternative kommt er nach längeren kompliziert formulierten Darlegungen zu der Aufforderung, „[...] die traditionelle, sozusagen lineare Geschichtszusammenhangsordnung von Systemkrise, politischer Umwälzung und erst darauf folgender politisch-ökonomischer

¹ Dieser Beitrag wurde vorab in „Sozialismus“ Heft 10/2006 veröffentlicht.

Neugründung [zu] verlassen: Die Alternative stellt bereits innerhalb der gegebenen Formation eine wirkkräftige Realität in Latenz dar und kann in Akten der Geburtshilfe im Verlauf einer historischen Transformationsperiode möglicherweise zur Welt gebracht werden.“

Christa Luft geht es um die „Sozialpflichtigkeit des Eigentums heute“, sie sucht eine neue gemeinwohlorientierte demokratische Regulationsweise der Wirtschaft, die sich betriebliche Gewinninteressen zunutze macht. „Wenn ich im Kontext einer neuen politischen Ökonomie von offensiver Thematisierung der Eigentumsfrage spreche, dann ist damit keine Kursnahme auf Verstaatlichung nach realsozialistischem Vorbild gemeint“, schreibt sie und betont, dass zu linken Alternativen das Werben für pluralistische Eigentumsformen an Produktionsmitteln gehört.

Im Beitrag über „das Nachhaltigkeitsproblem“ und seine Berücksichtigung in einer „neuen“ politischen Ökonomie fordert Klaus Steinitz, dass eine moderne politische Ökonomie die Probleme der Erhaltung der natürlichen Umwelt berücksichtigen müsse. So dürfe das ökonomische Wachstum kein eigenständiges Ziel sein, sondern die Verbesserung des Lebens und dazu müssten die Kriterien für den Wohlstand weiterentwickelt werden. Die Bewertung des ökonomischen Wachstums alleine mit dem Bruttoinlandsprodukt müsste durch ökologische und soziale Kriterien ergänzt und eventuell auch korrigiert werden. Für ökologisch besonders sensible Bereiche solle die Verfügungsmacht des Kapi-

tals eingeschränkt und durch verschiedene Formen des Gemeineigentums ersetzt werden.

Im letzten Beitrag stellt Joachim Tesch die Frage: „Sozialismus aus dem Computer?“² und geht auf aktuelle Veröffentlichungen ein, in denen Hoffnungen auf Alternativen aus dem Rechner geweckt werden. Er analysiert die Vorschläge für das „arbeitszeitbasierte Äquivalenzprinzip“, eine umfassende „gesamtwirtschaftliche Planung“ und die „direkte Demokratie, speziell die Wirtschaftsdemokratie“.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Beiträge viele interessante Überlegungen enthalten. Das Verständnis wird aber vielfach durch lange Sätze, kompliziert zusammengesetzte Worte und viele wenig bekannte Fremdwörter erschwert. Das gefühlte Denken tritt oft an die Stelle des logischen Denkens. Als Beispiel: „Sozialpflichtigkeit des Eigentums“ (Christa Luft). Haben Kategorien, wie das Eigentum, Pflichten oder nicht viel mehr Menschen, also Eigentümer? Welche Eigentümer sind hier gemeint: private Kleineigentümer von Produktionsmitteln? Großkapitalisten, Kommunen, Staat? Welche sozialen Pflichten haben welche Eigentümer? Was sind „soziale Pflichten“?

Es fehlt auch eine politisch-theoretische Begründung für den Verzicht auf den Begriff und die Idee vom Sozialismus – ein lautloses Sterben? Fast alle Autoren haben vom Wort „Sozialismus“ Abschied

² Erschienen in Z Nr. 69, März 2007, S. 85-97.

genommen als der Gesellschaftsordnung, die nach dem Kapitalismus folgt. Es gibt „anti-neoliberale Alternativen“, es gibt „konkrete Alternativen“ (Karl Mai, Horst Müller), aber den „Sozialismus“ als Alternative zum Kapitalismus gibt es in diesen Beiträgen nicht. Ich sehe für den Sozialismus eine Zukunft, die konkret verschiedene Formen haben kann, wie seinerzeit der Sozialismus in Ungarn oder Jugoslawien. Vielleicht geben weitere von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen geplante Workshops dazu deutlichere Auskünfte.

Eva Müller

Wirtschaftstheorie jenseits des Mainstreams

Norbert Reuter, Wachstumseuphorie und Verteilungsneutralität, Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, 2. und vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Metropolis-Verlag, Marburg 2007, 180 S., 18,- Euro

Bücher, die sich mit ökonomischen Fragen befassen, werden nicht allzu oft in einer 2. Auflage aufgelegt. Norbert Reuter, Gewerkschaftssekretär beim ver.di Bundesvorstand im Ressort Wirtschaftspolitik und Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum-Gruppe), ist dies nach seiner Dissertationsschrift zur Geschichte und Theorie des Institutionalismus nun auch mit seinem Bändchen Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität gelungen. Der Autor hat die erste Auflage aus dem Jahr 1998 vollständig überarbeitet und vor allem das

empirische Material auf den neuesten Stand gebracht.

Reuters bereits in der Einleitung formulierte Kernthese lautet, „dass wir in ein neues Stadium der Wirtschaftsgeschichte eintreten, das sich deutlich von früheren unterscheidet. Die Veränderungen der wirtschaftlichen Grundlagen, die mit dem Übergang von einer Mangel- in eine Überflussgesellschaft verbunden sind, bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Gesellschaft und ihre Politik. Sie erfordern eine substantiell andere Herangehensweise an wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Probleme. Insbesondere die Möglichkeit und die Sinnhaftigkeit von exponentiellem Wirtschaftswachstum in reifen Industriegesellschaften unterliegt einem grundlegenden Wandel, der nicht dadurch aufgehalten werden kann, dass man ihn einfach ignoriert.“ (14)

Ausgehend von Keynes' Einteilung des Kapitalismus in drei Phasen geht Reuter davon aus, dass sich Deutschland im dritten Entwicklungsstadium befindet, das sich durch eine abnehmende Konsumdynamik infolge von Sättigungstendenzen auf wichtigen Konsumgütermärkten auszeichne (28f.). Eine wichtige Ursache für diese Sättigungstendenzen sei dabei auch die zunehmende Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung in entwickelten Industriegesellschaften: Hohe Sparquoten im oberen Einkommenssegment verursachten einen Nachfragemangel, der sich über Entlassungen und Druck auf die Löhne durch die entstehende Arbeitslosigkeit weiter verstärkte. Der Gesellschaft, so Reuter, gehe aber nicht einfach die Arbeit aus, viel-

mehr bestehe ein offensichtlicher Widerspruch zwischen zurückgehender privatwirtschaftlicher Nachfrage nach Erwerbsarbeit und einem wachsenden Bedarf an gesellschaftlich notwendiger Arbeit im Sozial-, Umwelt-, Gesundheits- und Bildungsbereich. Diese Arbeit werde jedoch im gewinnorientierten Erwerbssystem immer weniger berücksichtigt (72).

Aus seiner Analyse zieht Reuter den Schluss, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen einer Korrektur der Einkommens- und Vermögensverteilung bedürfe, und zwar konkret einer Umkehrung der Umverteilungspolitik von unten nach oben, um so die Kaufkraft und dadurch die Konsumnachfrage zu steigern. Außerdem solle die öffentliche Hand ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung und Umwelt in Höhe von jährlich 40 Milliarden Euro auflegen, wodurch rund eine Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Ferner müsse der Trend zu längeren Arbeitszeiten gebrochen und zur trendmäßigen Verkürzung der Arbeitszeit zurückgekehrt werden.

Selbst wenn man den Stagnationsansatz von Reuter nicht teilt und andere heterodoxe wirtschaftstheoretische Ansätze favorisiert, ist das Buch lesenswert. Der Autor arbeitet die Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik in Deutschland heraus, und der Text ist durch zahlreiche Schaubilder und Tabellen auf der Basis langer Zeitreihen vorbildlich empirisch illustriert. Zudem ist das Buch gut zu lesen, und es dürfte in etwa der theoretischen Orientierung der meisten Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler entsprechen, die

führend an den jährlich erscheinenden Memoranden der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik mitwirken. Lobend zu erwähnen sind auch Reuters wirklich gelungene Übersetzungen von vier Keynes-Texten sowie einem Aufsatz von Wassily Leontief, die zur Vertiefung im fast 60 Seiten umfassenden Anhang zu finden sind.

Fazit: Mit Norbert Reuters Wachstumseuphorie und Verteilungsneutralität ist ein Buch in der zweiten Auflage erschienen, das man kennen sollte, wenn man sich mit Wirtschaftstheorie und -politik jenseits des ökonomischen Mainstreams beschäftigen will.

Kai Eicker-Wolf

Verstaatlichung im Kapitalismus

Manfred Mugrauer (Hg.), Öffentliches Eigentum – Eine Frage von Gestern? 60 Jahre österreichische Verstaatlichungsgesetzgebung, Quellen & Studien der Alfred Klahr Gesellschaft (Sonderband 8), Wien 2007, 206 S., 10,- Euro

Wie in anderen europäischen Staaten kam es auch in Österreich nach dem Ende des zweiten Weltkrieges zur Nationalisierung von Industriebetrieben. Zu den allgemeinen Ursachen der Verstaatlichungswelle in Europa – der quasi zum Alltagsbewusstsein gehörenden Erkenntnis des Zusammenhangs von Kapitalismus und Faschismus sowie der nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 und angesichts des Erfolgs des 1. sowjetischen Fünfjahrplans sich unter bürgerlichen Politikern durchsetzenden

Konzeption, durch Verstaatlichung und Plan der Krisenanfälligkeit des Kapitalismus zu begegnen – kamen in Österreich drei spezifische Momente hinzu: Erstens befand sich infolge der Kriegszerstörungen die Industrie in einem so desolaten Zustand, daß der Wiederaufbau nur mit Staatshilfe möglich schien. Zweitens hatte deutsches Kapital in der 1. Republik eine gewichtige wirtschaftliche und politische Rolle gespielt. So war das größte Unternehmen der Schwerindustrie, die „Alpine-Montan“, seit 1926 im Besitz der „Vereinigten Stahlwerke AG“ und ein wichtiger Förderer der österreichischen Nazibewegung. Drittens hatte die Verstaatlichung eine anti-sowjetische Zielrichtung: „Es wären gewiß nicht so viele Unternehmen und Betriebe auf der Verstaatlichungsliste zu finden gewesen, wenn nicht die Sowjetunion auf Grund der Potsdamer Beschlüsse Anspruch auf die Beschlagnahme des ehemaligen deutschen Eigentums in ihrer Besatzungszone erhoben hätte. Dieses dort befindliche ehemals deutsche Eigentum umfaßte nicht nur eine Reihe staatlicher Großbetriebe, sondern auch so gut wie das ganze Erdöl.“ (10) Daß ein breiter, d.h. auch die Bourgeoisie umfassender politischer Konsens für die Verstaatlichung zustande kam, lag auch an den Objekten und der Form der Verstaatlichung. Die 70 davon betroffenen Unternehmen stammten fast ausschließlich aus dem Grundstoffbereich. Sie wurden nicht öffentlich-rechtlich organisiert, sondern fielen unter das normale Aktienrecht. Eine wirkliche Verfügungsgewalt über die Kommandohöhen der Wirtschaft wurde

dem Staat also nicht eingeräumt.

Zum Schutz des nationalen Eigentums und zur Sicherung der staatlichen Unabhängigkeit hatte auch die KPÖ in ihrem Sofortprogramm vom August 1945 die Forderung nach Verstaatlichung erhoben. Ihrem Verständnis nach, war dies „keine sozialistische, sondern eine nationale und demokratische Forderung“, die aber auch „ein entscheidender Fortschritt auf dem Weg zum Sozialismus“ sein sollte. Gut zehn Jahre später mußte die KPÖ jedoch erkennen: „Die verstaatlichten Betriebe sind als Staatskapitalismus ein Teil des Kapitalismus geworden und stehen unter der Leitung der Kapitalistenklasse.“ (59) Dabei spielte ein „duales Preissystem“ die zentrale Rolle: „Für Österreich wurde errechnet, daß die verstaatlichte Industrie bis 1955 der Privatwirtschaft durch Abgabe von Kohle, Eisen und Stahl zu billigeren Preisen als auf dem Weltmarkt Preisvorteile in der Höhe von 8,4 Milliarden Schilling (ca. 0,6 Mrd. Euro) verschaffte. Von 1970 bis 1982 – also in der Ära Kreisky – haben die verstaatlichten Unternehmen rund 250 Milliarden Schilling (ca. 18 Mrd. Euro) auf diese Weise an Privatfirmen weitergegeben.“ (69) Das brachte nicht nur dem Kapital Gewinne, sondern war auch die Basis für ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung in ganz Österreich. Zudem wurde die Einnahmen der „Verstaatlichten“ auch für sozialpolitische Maßnahmen wie Werkwohnungen, betriebliche Zuschußrenten und zahlreiche andere freiwillige Sozialleistungen verwendet. Als Ergebnis dieser Doppelstrategie hält Hans Hautmann fest: „Die

Verstaatlichte selbst wurde zu einem materiellen Ausdruck der Klassenzusammenarbeit und erfüllte eine wichtige ideologische Funktion, nämlich die Versöhnung breiter Schichten der Arbeiterschaft mit der fortdauernden Existenz der privatkapitalistischen Strukturen. Mit seinen sozialpolitischen Errungenschaften diente der verstaatlichte Sektor geradezu als schlagender Beweis für die Berechtigung und den Nutzen sozialpartnerschaftlicher Zusammenarbeit, was tiefe, bis heute nicht überwundene Wirkungen im Bewußtsein der arbeitenden Menschen hinterließ.“ (15)

Die weltweite Krise der Stahlindustrie und schwere Managementfehler führten 1986 zu einem Quasi-Konkurs der Voest-Alpine, des Herzstücks der verstaatlichten Industrie. Dadurch kam es zu einer fundamentalen Wende in der Haltung der Politik und der öffentlichen Meinung. Das konservativ-liberale Lager (ÖVP und FPÖ) erhob die Privatisierung der Gemeinwirtschaft zum vorrangigen Ziel und die SPÖ verteidigte ihre Existenz nicht mehr. Der EU-Beitritt und die Bildung der ÖVP-FPÖ-Regierung im Jahre 2000 beschleunigten den Prozeß der Privatisierung, so daß heute nur noch marginale Reste vorhanden sind. Damit stellt sich für die Linke in Österreich die Frage, ob die Beschäftigung mit der „Verstaatlichten“ von mehr als von historischem Interesse ist. Die Antwort ist klar: „Solange es nicht gelingt, die Massenarbeitslosigkeit und damit einhergehend eine drastische Zunahme der Armut, zu beseitigen, solange kommt der Auseinandersetzung mit der ‚Verstaatlichung in Österreich‘ eine untergeordnete Rolle zu.“

(119) Will man Lehren aus dem Scheitern ziehen, dann scheint vor allem eine Auseinandersetzung mit dem Klientelismus im politischen Leben Österreichs notwendig: Die Ideologie und insbesondere die Institutionen der Sozialpartnerschaft haben bei einer formal demokratischen Verfassung eine Verfassungswirklichkeit mit stark paternalistischen, um nicht zu sagen: autoritären Zügen geschaffen. Insofern war die „Verstaatlichte“ Bestandteil einer politisch-bürokratischen Klientelwirtschaft und nie das, was öffentliches Eigentum gegenüber Privatunternehmen auszeichnet, nämlich daß sie von demokratisch legitimierten Gremien kontrolliert wird.

Karl Unger

Deutsch-deutsche Wirtschaftsgeschichte

Jörg Roesler, Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990. Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2006, 240 S., 19,00 Euro

Über die 45jährige Wirtschaftsentwicklung der beiden deutschen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg gibt es eine ganze Reihe von Publikationen, nur in wenigen wird ein realistisches Bild gezeichnet. Zu den ideologischen, materialmäßigen und auch methodischen Einseitigkeiten in der Beobachtung und Beurteilung des jeweils anderen Teil Deutschlands gesellten sich nicht selten auch solche durch politisch motivierte Auftragsforschung, was nicht nur zu einer verzerrten Darstellung der Ent-

wicklung selbst beitrug, sondern auch den realistischen Blick auf ihre wirklichen Antriebskräfte, Verläufe und Ergebnisse verstellte.

Schon unter diesem Gesichtspunkt ist das Buch von Jörg Roesler eine erfreuliche Ausnahme. Hier wird versucht, einen wesentlichen Bereich der Geschichte Ost- und Westdeutschlands, der späteren DDR und BRD, vorurteilsfrei und differenziert aufzuarbeiten. Roesler geht von der anfänglich weitgehenden Gleichheit der politischen und ökonomischen Situation nach dem Zweiten Weltkrieg aus und beginnt bei den ökonomischen Hauptgründen für das Auseinandergehen von Ost und West mit der ungleichen Verteilung der Reparationsleistungen. Ostdeutschland wurde weitaus stärker belastet, was nach seiner Meinung zu den längerfristig strukturellen Verwerfungen in der ostdeutschen Wirtschaft beitrug. Weiter werden die konträren Eigentumsstrategien in West und Ost genannt – hier privatkapitalistisch, dort staatlich – sowie die unterschiedlichen sich verfestigenden ordnungspolitischen Systeme der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung – einerseits die kapitalistische Marktwirtschaft, andererseits die sozialistische Planwirtschaft nach sowjetischem Muster. Roeslers Ausführungen konzentrieren sich stark auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik, ohne alle wichtigen Bereiche abhandeln zu können. Sie reflektieren – wenn auch in unterschiedlich hohem und insgesamt sinkendem Maße – stets vorhandene politische und wirtschaftspolitische Abhängigkeiten von den ehemaligen Schutzmächten USA und UdSSR und stel-

len die deutsch-deutsche Wirtschaftsgeschichte in den Kontext der weltwirtschaftlichen Entwicklungen.

Dem Autor geht es aber um mehr. Er bemüht sich, nicht nur Unterschiede darzustellen, sondern auch Gemeinsamkeiten. Ihre Aufdeckung und Bewertung soll einen substantiellen Beitrag zur Aufarbeitung von deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte für einen bisher aus gesamtdeutscher Sicht vernachlässigten Zeitraum leisten. Denn international, stellt Roesler fest, gelte es längst als selbstverständlich, „dass das wiedervereinigte Deutschland eine gemeinsame Geschichte gehabt hat, auch über die 40 Jahre der staatlichen Trennung hinweg.“ (9) Mindestens für den Zeitraum bis Mitte der 1970er Jahre sei dies deutlich zu erkennen. Roesler verweist in diesem Zusammenhang auf den besonderen Stellenwert der Sozialpolitik. „Beide Staaten verfolgten – vor allem aus Legitimitätsgründen – das Ziel, eine Wohlstandsgesellschaft mit größtmöglicher sozialer Absicherung zu errichten.“ (28)

Beide deutschen Staaten verfügten über ein gemeinsames industriell geprägtes Erbe, hatten am Ende des Zweiten Weltkrieges nahezu identische Ausgangssituationen und standen vor ähnlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen und Aufgabenstellungen. Dazu hat es zu jeder Zeit – auch im kältesten Kalten Krieg – vielfältige Beziehungen und gegenseitige Bezugnahmen der beiden Staaten gegeben und die Wirtschafts- und Sozialpolitik des jeweils anderen Deutschlands war mehr als es in der Öffentlichkeit erschien Maßstab des eigenen Handelns.

Schließlich seien von beiden Staaten über mehrere Jahrzehnte erfolgreiche Anstrengungen zur Stabilisierung des jeweiligen Wirtschaftssystems unternommen worden. „Erst in den 70er und 80er Jahren sind die Unterschiede bei der Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen generell in existenzentscheidendem Gebieten zu orten, während es Gemeinsamkeiten zunehmend nur noch auf Nebenschauplätzen der Entwicklung gab“, stellt er fest (220).

Roesler bestimmt gemeinsam geltende Entwicklungsperioden für Ost- und Westdeutschland, in denen er wesentliche Momente der jeweiligen Wirtschafts- und Sozialentwicklung nachzeichnet, sie vergleicht und bewertet. Es wird gezeigt, dass zwar frühzeitig die Weichenstellung für künftig unterschiedliche Entwicklungswege erfolgte, in der unmittelbaren Nachkriegszeit aber noch ein starker Einigungswille in beiden Teilen Deutschlands herrschte, was die wirtschaftspolitischen Vorstellungen nicht unberührt ließ. Trotz politischer Widerstände konnten umfangreiche gegenseitige Wirtschaftsbeziehungen aufrecht erhalten werden.

Die nächste Periode datiert von der Gründung der beiden deutschen Staaten bis zur ersten Hälfte der 1960er Jahre. Beide Staaten realisierten ein hohes Wirtschaftswachstum, konnten die Binnennachfrage zunehmend befriedigen und verankerten eine relativ starke sozialpolitische Komponente in ihrer Wirtschaftspolitik. Roesler stellt – wenn auch in gegensätzliche Richtungen gehend – jeweils einen ordnungspolitischen Konsolidierungsprozess fest. Das ging gleichermaßen in beiden

Staaten nicht ohne soziale Konflikte vor sich. Während das Wirtschaftswunder West eng mit der Marshallplanhilfe, mit geringeren Reparationszahlungen und mit der wirtschaftlich günstigen Einbindung in die westeuropäische Wirtschaftsintegration verbunden war, konnte das Wirtschaftswunder Ost weniger von günstigen äußeren Bedingungen und weniger von zufließenden Investitionsmitteln profitieren, war dagegen von massenhafter Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte in Richtung Westen betroffen. In der Bundesrepublik wurde das Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ entwickelt, in welchem sich unübersehbar Wirtschaftsinterventionismus wiederfand. Zugleich war die großkapitalistische Eigentumsbasis endgültig legitimiert und wiederhergestellt worden. In der DDR wurde eine zentrale Planungsbehörde installiert. Der erste Zweijahresplan versuchte, Wirtschafts- und Sozialpolitik miteinander zu verbinden. Der staatliche und der genossenschaftliche Eigentumssektor wurden erweitert.

Trotz zunehmender politischer Konfrontation und des Auseinanderdriftens der realen Entwicklungen blieb eine Vielzahl von wirtschaftlichen Beziehungen intakt. Zugleich entstand eine neuartige Form von gegenseitiger Bezugnahme und Beeinflussung, deren Wurzeln in dem Anspruch lagen, die Überlegenheit des jeweiligen Systems beweisen zu müssen. Roesler spricht von Magnettheorie im Westen und von Überholstrategie im Osten.

Als es in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre zum ersten Konjunkturunbruch in der Wirtschaft der

BRD kam, flachten sich auch in der DDR die jährlichen Wachstumsraten merklich ab. Beide Staaten standen vor der Notwendigkeit, mit wirtschaftlichen Reformkonzepten darauf zu reagieren. In der Bundesrepublik wurde das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verabschiedet. Mit Hilfe des Konzepts der Globalsteuerung konnte die Krise überwunden werden. In der DDR wurde auf die teilweise Wiederbelebung von Marktmechanismen im Rahmen des NÖS (Neues Ökonomisches System) gesetzt. Roesler vertritt die Auffassung, dass der DDR-Volkswirtschaft dadurch eine Vergrößerung des bereits deutlich sichtbaren Produktivitätsgefälles zur Bundesrepublik erspart blieb. Der innerdeutsche Handel zwischen den beiden Staaten verdoppelte sich in dieser Periode nahezu.

Als sich in den 1970er Jahren in beiden Volkswirtschaften Ungleichgewichte negativ bemerkbar machten, wurde darauf ganz unterschiedlich reagiert. Während in der BRD die Konsolidierungspolitik eng mit Sozialabbau verbunden wurde, hielt die DDR zunächst an ihren großzügigen Sozialprogrammen fest, obwohl diese sich immer weniger finanzieren ließen. Die Modernisierung der Wirtschaft blieb weiter zurück. Roesler stellt schließlich fest, mit den zunehmenden weltwirtschaftlichen Turbulenzen, beginnend mit dem ersten Erdölchock, „enden die deutsch-deutschen Gemeinsamkeiten beim Ausbau des Wohlfahrtsstaates.“ (149) Nimmt man den innerdeutschen Handel in dieser Periode als Kriterium für die wirtschaftliche Verbundenheit, so verringerte er sich nicht nur, sondern wurde in seiner Struktur auch zu-

nehmend ungünstiger für die DDR.

Die Periode der 1980er Jahre umreißt Roesler mit Konsolidierung auf der einen und Verfall auf der anderen Seite. Obwohl in dieser Zeit ein Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum anderen deutschen Staat erfolgte, gelang es der DDR im Gegensatz zur Bundesrepublik immer weniger, mit ihrem begrenzten Potenzial die Nachteile, welche sich aus den Preisveränderungen auf den internationalen Erdöl- und Rohstoffmärkten, aus der wenig effektiven Einbindung in die internationale Arbeitsteilung, aus dem faktischen Nichtzugang zu internationalen Finanzmärkten und zahlreichen anderen Defiziten ergaben, durch effektivere Wirtschaftspolitik auch nur annähernd zu kompensieren. Wirtschaftsreformen wurden propagiert, aber kaum in Angriff genommen. Roesler betont, dass Letzteres auch für die BRD-Wirtschaft zutraf, hier aber infolge einer anderen Grundsituation keine destabilisierenden Auswirkungen für das System hatte.

Die letzte Periode streift den Zeitraum 1989/90, die Herstellung der politischen Einheit mittels Anschluss der DDR an die BRD, und die beginnende Transformation des Wirtschaftssystems der DDR in das der BRD.

Das Buch von Jörg Roesler ist wichtig und vielfach überzeugend. Uneingeschränkt zugestimmt werden kann der Grundthese, dass es nicht nur eine unterschiedliche Wirtschafts- und Sozialgeschichte der beiden deutschen Staaten gegeben hat, sondern auch eine gemeinsame.

Beide Aspekte, das wird deutlich, sind für die Aufarbeitung der deutschen Geschichte künftig unverzichtbar. Roesler stellt damit auch eine neue Sichtweise auf die jüngste Vergangenheit zur Diskussion. Über die vorgenommene Periodisierung und über Gewichtungen im Einzelnen mögen Historiker vielleicht streiten. Es könnte auch noch eine Vielzahl von Fragen gestellt werden. Roesler ist sich klar, dass er nicht die „ganze Wahrheit“ gefunden hat, sondern einen Beitrag zu ihrer Erkenntnis leisten will. Mit vorliegender Arbeit scheint dies gelungen.

Irene Gallinge

Lehren aus dem Scheitern

Klaus Steinitz, Das Scheitern des Realsozialismus. Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert, VSA-Verlag, Hamburg 2007, 120 S., 11,80 Euro

Die kaum mehr als hundert Seiten umfassende Schrift bietet vorwiegend am Beispiel der DDR – teils thesenhaft, teils belegt mit konkreten Fakten und Zahlen – einen tiefen Einblick in die Entwicklungs- und Strukturprobleme sowie die Ursachen des Scheiterns der realsozialistischen Ordnung und vermittelt Überlegungen zu einer möglichen sozialistischen Perspektive. Das Buch ist in fünf Abschnitte gegliedert: 1. Warum es sich heute lohnt, über das Scheitern des Realsozialismus nachzudenken; 2. Die DDR-Wirtschaft bis 1989 – Leistungen, Defizite, nutzbare Erfahrungen; 3. Exkurs: Gründe für den ökonomischen Misserfolg der deutschen Einheit – sind die „Erblasten“ der DDR schuld? 4. Warum ist der Real-

sozialismus in Europa gescheitert? Generelle Gründe, Besonderheiten in der DDR; 5. Wie könnten die ökonomischen Grundlagen eines demokratischen Sozialismus aussehen? Überlegungen zu ausgewählten Fragen.

Als kenntnisreicher Wirtschaftswissenschaftler mit praktischen Erfahrungen in sozialistischer Wirtschaftspolitik betrachtet Steinitz verständlicherweise alle Probleme und Prozesse durch das Prisma der Ökonomie, was allerdings bedeutet, dass er wesentliche nicht-ökonomische Ursachen des Scheiterns des Realsozialismus – Macht- und Staatsstrukturen, Rolle der führenden Partei, marxistisch-leninistische Ideologie, soziale, sozialpsychologische, geistig-kulturelle, internationale Faktoren usw. – nicht in ihrer Eigenlogik analysiert, sondern seiner ökonomischen Betrachtungsweise unterordnet, was der Realität nicht immer ganz gerecht wird.

Das Grundanliegen, das der Autor mit dieser Arbeit verfolgt und das auch seiner politischen Überzeugung entspricht, bringt er in einer Reihe zentraler Positionen zum Ausdruck: „Das Verschwinden der Systemkonkurrenz hat in Europa dazu geführt, dass die politischen und sozialen Schranken weitgehend beseitigt wurden, die der rücksichtslosen, weltweiten Ausbeutung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung der Erde und der maximalen Kapitalverwertung entgegenstehen.“ (7) Da demnach aufgrund der derzeitigen Entwicklung des Kapitalismus das „öffentliche Interesse“ an Alternativen wachse, stehen „Fragen einer Alternative zum Kapitalismus [...] wieder auf der Tagesordnung. Damit

gewinnt der öffentliche Diskurs über Kriterien und Eigenschaften einer sozialistischen Alternative [...] an Bedeutung.“ (8) „Es geht bei der Analyse der Gründe für das Scheitern des Realsozialismus vor allem darum, Schlussfolgerungen für einen demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu ziehen. Bei dieser Analyse stehen naturgemäß die ungelösten Probleme und die Defizite im Vordergrund.“ (53)

Was die ökonomischen Gründe des Scheiterns des Sozialismus anbelangt, so wendet sich Steinitz gegen Vereinfachungen. Wirtschaftlich sei die DDR keineswegs in dem Sinne gescheitert, dass sie etwa 1989 vor einem Zusammenbruch gestanden habe und nicht mehr einen normalen Wirtschaftsablauf habe gewährleisten können. Es habe aber schon lange vor dem Ende wirtschaftliche Fehlentwicklungen und grundlegende Defizite gegeben, die die Gefahr des Scheiterns in sich bargen und den Lebensnerv der DDR gegen Ende der 80er Jahre nachhaltig, also nicht mehr reparabel beschädigt hätten. (39f.) Er macht in diesem Zusammenhang zu Recht darauf aufmerksam, dass die historischen Bedingungen die sozialistischen Länder zwingen, sich an der (überlegenen) kapitalistischen Produktionsweise zu messen, sodass sie kaum eine reale Chance hatten, „andere, dem Sozialismus mehr entsprechende Produktivkraft-, Wirtschafts- und Konsumtionsstrukturen herauszubilden und sich an deren Erfordernissen zu messen“. Dennoch habe es „jedoch auch erhaltenswerte Elemente und für einen Sozialismus im 21. Jh. nutzbare und nützliche Erfahrungen einer

neuen Wirtschafts- und Lebensweise...“ gegeben. (36f.)

„Das Scheitern ist nicht Ausdruck für die prinzipielle Unmöglichkeit einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus, sondern spiegelt vor allem Defizite, Schwächen und Fehlentwicklungen des bisher praktizierten Staatskapitalismus wider.“ (54) Darüber, wie auch über eine Reihe anderer Einschätzungen, gäbe es unter den Linken einen weitgehenden Konsens. Als strukturelle oder genetische Schwächen und Fehlentwicklungen nennt er hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben vornehmlich den Wahrheits-, Führungs- und Machtanspruch der Parteiführung, die übermäßige Zentralisierung der Leitung und Planung der Wirtschaft und der anderen Bereiche der Gesellschaft, die unzureichenden Spielräume eigenverantwortlichen Handelns der Menschen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben, die inkonsequente Anwendung des Leistungsprinzips in der Entlohnung, die unzulängliche Nutzung der Kategorien von Markt und Preis usw. Er geht aber zugleich auch auf Dissenspunkte unter den Linken in Bezug auf die positiven und negativen Erfahrungen sowie die Ursachen des Scheiterns des realen Sozialismus ein. Hierzu zählt er die unterschiedliche Bewertung wirtschaftspolitischer Praktiken im Sozialismus und unterschiedlicher Ansprüche an ihn wie auch des Verhältnisses innerer, objektiv systembedingter und subjektiver Ursachen des Scheiterns einerseits und unbeeinflussbarer historischer wie auch äußerer Einwirkungen negativer Art auf die sozialistischen Länder. Hin-

sichtlich dieses Verhältnisses kommt Steinitz zu dem Schluss, dass letzten Endes die inneren strukturellen Defizite und Entstellungen des Realsozialismus für sein Scheitern entscheidend waren. „Eine starke Hervorhebung äußerer Faktoren als Ursache [...] birgt auch die Gefahr in sich, dass die substantiellen Defizite des Staatssozialismus und die damit verbundene notwendige tiefgehende Erneuerung der Sozialismusvorstellungen unterschätzt werden.“ (81)

Der Verfasser betrachtet seine Analyse des gescheiterten Sozialismus als eine wesentliche Voraussetzung für die Orientierung auf einen künftigen Sozialismus, den er für möglich und für notwendig hält. Hierfür entwickelt er seine Überlegungen, die einen Beitrag zur dringend erforderlichen Diskussion aller prosozialistischen Kräfte darstellen. Die „Herausbildung des Sozialismus“ könne nicht das Ergebnis einer gewaltsamen revolutionären Umwälzung sein, sondern das eines friedlichen längeren Transformationsprozesses, gestützt auf tiefgreifende Veränderungen der Kräfteverhältnisse. Hier stellt sich neben der Frage nach den konkreten, nicht vorhersehbaren Bedingungen eines Übergangs zum Sozialismus auch die Frage nach dem Wesen der Transformation selbst. Begriffliche Klarheit existiert nicht. Die einen sehen darin eine Transformierung des bestehenden Kapitalismus, die bekanntlich bisher nirgends gelungen ist, und andere die Überwindung des Kapitalismus, das heißt die Durchsetzung einer Alternative zum Kapitalismus, von der Steinitz selbst an anderer Stelle spricht. Unbestritten ist das Erfor-

dernis, dass Sozialismus sich auf demokratisch legitimierte Mehrheiten stützen müsse. Angebracht wäre in diesem Zusammenhang eine Überlegung zur qualitativen Veränderung der Machtstrukturen in Übereinstimmung mit veränderten Kräfteverhältnissen in der Zivilgesellschaft und somit einem neuen Wechselverhältnis von Zivilgesellschaft und Staat. Irritierend ist, dass auch Steinitz die begriffliche Gleichsetzung von Realsozialismus und Staatssozialismus verwendet. Wenngleich die Tatsache, dass in den gescheiterten sozialistischen Ordnungen die „Verstaatlichung“ der gesamten Gesellschaft und somit die Negierung einer sozialistischen Zivilgesellschaft wegen der damit verbundenen Missachtung demokratischer Erfordernisse zu den Ursachen des Scheiterns gehörten, darf man weder in Bezug auf die Vergangenheit noch auf die Zukunft den Eindruck vermitteln, Sozialismus ließe sich gänzlich ohne Staat verwirklichen, wie der Terminus Staatssozialismus suggeriert.

Zu Erfordernissen eines künftigen Sozialismus müsse man die „Beziehungen zwischen den verschiedenen Ebenen der Transformationsprozesse – regional, nationalstaatlich, europäisch und global – und deren jeweilige Bedeutung [...] bei der Begründung der Wege zu einer sozialistischen Gesellschaft“ beachten. Daraus folge, dass unter den Bedingungen der europäischen Integration eine sozialistische Transformation „nur dann Chancen haben wird, wenn er [dieser Prozess] sich auf koordinierte Aktionen in mehreren größeren EU-Ländern stützen kann“. (90) Es ist zu bezweifeln,

dass in Europa künftig ein einzelnes integriertes Land für sich genommen aus dem Kapitalismus auszuweichen vermag, sodass es offenbar zugleich einer länderübergreifenden Programmatik und Strategie bedarf. Davon sind die europäisch prosozialistischen Kräfte noch sehr weit entfernt.

Als letztes Problem sei die unter den Linken heiß umstrittene Frage nach der Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse erwähnt. Steinitz nennt hierfür einige Kriterien, die sich auch aus den Erfahrungen des gescheiterten Sozialismus ergeben. „Die Veränderungen in den Eigentumsformen und -strukturen müssen die Bedingungen schaffen, um die Grundeigenschaften der gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsweise als einer Gesellschaft, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht und in der alle Bereiche des Lebens und der Arbeit zunehmend der höchstmöglichen Kapitalverwertung unterworfen werden, zu überwinden.“ Er räumt dabei ein, dass es jedoch nicht eine bestimmte Eigentumsform gebe, die für alle Bereiche und Aufgaben als die geeignetste angesehen werden könne, sodass er für eine Pluralität von Eigentumsformen in einem künftigen Sozialismus plädiert. Gemeineigentum müsse allerdings so erweitert und gestärkt werden, dass es eine ausreichende Basis bilde für eine gesellschaftliche Regulierung und öffentliche Kontrolle. (95f.) Hierfür sei, so die Schlussfolgerung des praxiserfahrenen Ökonomen, eine „Verbindung zwischen der Nutzung des Marktes und des Wettbewerbs als wichtige Resultate des zivilisatorischen Fortschritts auf

der einen und einer gesellschaftlichen, demokratisch kontrollierten Regulierung/Planung auf der anderen Seite“ notwendig. (111)

Harald Neubert

Die Grenzen des Kapitalismus und die Möglichkeit von Alternativen

Donella Meadows, Jörgen Randers, Dennis Meadows, Grenzen des Wachstums – Das 30-Jahre-Update, Signal zum Kurswechsel, S. Hirzel Verlag, Stuttgart 2006, 323 S., 29 Euro (1); Elmar Altvater, Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen – Eine radikale Kapitalismuskritik, Westfälisches Dampfboot, Münster 2005, 240 S., 14,90 Euro (2)

Die beiden Bücher zusammen zu lesen und zu besprechen ist vor allem deshalb interessant, weil die Autoren sich zwar dem gleichen Problem widmen, in ihrem analytischen und politischen Ansatz aber kaum unterschiedlicher sein könnten. Trotzdem kommen sie zu sehr ähnlichen Schlussfolgerungen.

Elmar Altvater fragt als ausgewiesener Marxist nach den Grenzen des Kapitalismus und den Möglichkeiten seiner revolutionären Überwindung. Die Autoren des Club of Rome dagegen verwerfen explizit jeden Gedanken an Revolution, daran „Mächtige aus ihren Ämtern zu werfen.“ (1, 247). Ihnen fehlt jeder Begriff von sozialen Interessen oder gesellschaftlicher Macht, sie ziehen die vermeintlich sachliche Sprache der Systemtheorie vor und wollen die Entscheidungsträger von der Notwendigkeit eines fundamentalen Wandels

überzeugen. So bringen sie das Kunststück fertig, die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Akkumulation in ihren Wirkungen zu beschreiben, (fast) ohne Begriffe wie Gewinn oder Kapitalrendite in den Mund zu nehmen (siehe S. 242 als Ausnahme). Ihr Kapitalbegriff klammert den durch die Konkurrenz gesetzten Verwertungszwang aus.

Grenzüberschreitungen

Der 30-Jahre-Update des ersten Club-of-Rome Berichts von 1972 zeigt, dass die Menschheit schon heute Grenzen der Belastbarkeit des Planeten überschritten hat. Vergleicht man die ökologische Tragfähigkeit der Erde mit dem „ökologischen Fußabdruck der Menschheit“, so zeigt sich, dass der menschliche Ressourcenverbrauch schon heute zu groß ist (1, XVII). Die Folgen dieser Grenzüberschreitung äußern sich vor allem im steigenden Aufwand (in Form von physischem Kapital) zur Aufrechterhaltung der Produktion (1, XIII). Die Autoren sehen im Kern zwei mögliche Konsequenzen der Grenzüberschreitung: Einerseits eine bewusste Kehrtwende, eine Korrektur, welche ein hohes Niveau der Güterversorgung aufrechterhält. Oder eine weitere Grenzüberschreitung mit der Konsequenz eines anschließenden (baldigen) Niedergangs. „Allerdings wird es unserer Meinung nach mit Sicherheit zu einer Art Zusammenbruch kommen, wenn nicht bald eine nachdrückliche Korrektur erfolgt – und zwar noch zu Lebzeiten vieler heute lebender Menschen.“ (1,3).

Die Ursache dieser schon heute sichtbaren Grenzüberschreitung ist das exponentielle Wachstum der ma-

teriellen Produktion, welches „in einem begrenzten Raum mit begrenzten Ressourcen nie sehr lange anhalten kann.“ (1, 23). In der Alltagssprache finden wir diese exponentielle Logik in der Debatte über wirtschaftliche Wachstumsraten wieder: Bei gleicher prozentualer Wachstumsrate wächst der Zuwachs proportional zum vorhandenen Bestand, er steigt also ständig an. Dabei hat exponentielles Wachstum die fatale Eigenschaft, dass die Zeit zur Reaktion auf dadurch erzeugte Probleme sich exponentiell reduziert. Die Autoren verdeutlichen das am Beispiel der auf einem Teich wachsenden Seerose, die jeden Tag ihre Blattfläche verdoppelt, so dass nach 30 Tage der Teich zugewachsen ist: Noch am 27. Tag ist erst ein Viertel des Teichs bedeckt, das Problem scheint beherrschbar, da ja immer noch drei Viertel der Wasserfläche frei sind. Tatsächlich bleiben jedoch nur noch 2 Tage, um ein völliges Zuwachsen zu verhindern.

Was aber treibt dieses fatale exponentielle Wachstum, obwohl doch heute jedem die Endlichkeit des Planeten und der Ressourcen bekannt ist? Hier bleiben die Autoren merkwürdig unklar – zwar sehen sie, dass die „Systemstruktur“ des Kapitals (verstanden als materielles und finanzielles Kapital) auf „Wachstum ausgerichtet“ ist, erklären das aber mit einer allgemeinen „Erwartungshaltung“, die angeblich aus der „jahrhundertelangen Erfahrung mit Kapital, das noch mehr Kapital erzeugt“, resultiert (1, 26). Die täglichen Debatten der wirtschaftlichen Entscheidungsträger und ihrer politischen Handlanger über die besten

Methoden zur Steigerung von Renditen, über Standortwettbewerb und Marktanteile scheinen an ihnen völlig vorbei gegangen zu sein.

Der Hauptteil des Berichts und seine informativsten Teile bestehen darin, die Grenzen des Ressourcenverbrauchs und damit des Wachstums auf drei Feldern aufzuzeigen: Den erneuerbaren Ressourcen, den nicht erneuerbaren Ressourcen und den Senken für Schadstoffe und Abfälle. Mit diesem ganzheitlichen Ansatz wird gezeigt, dass einzelne technologische Lösungen keinen Ausweg bieten: Es gibt nun mal physische Voraussetzungen, die sämtlichen biologischen und industriellen Aktivitäten zugrunde liegen. Es gibt physische Grenzen des Stoffumsatzes. Und jede wirtschaftliche Tätigkeit, sei die angewendete Technik noch so innovativ, ist mit der Beanspruchung von Ressourcen verbunden. „Für die Durchsatzmengen der produzierenden Quellen und der absorbierenden Senken aber gibt es Grenzen, wenn die Menschen und die Wirtschaft nicht darunter leiden und die Regenerations- und Regulierungsprozesse der Erde nicht beeinträchtigt werden sollen.“ (1,53)

In den drei genannten Feldern werden die wichtigsten Grenzen dargestellt und es wird gezeigt, ob bzw. inwieweit diese Grenzen bereits erreicht bzw. überschritten sind.

Bei den erneuerbaren Ressourcen werden die Verfügbarkeit des Bodens in Quantität und Qualität, der Süßwasserdurchfluss, der Rückgang der Primärwälder und der Artenverlust als Indikatoren einer bereits bestehenden Übernutzung behandelt.

Hier wird deutlich gemacht, dass es keine oder immer nur sehr kurzfristige technologische Auswege aus der Übernutzung von Ressourcen gibt – auch der Ersatz von nicht erneuerbaren durch erneuerbare Stoffe stößt an Grenzen.

Auf dem Gebiet der nicht erneuerbaren Ressourcen werden fossile Brennstoffe und Metalle behandelt. Bei den fossilen Brennstoffen wird davon ausgegangen, dass der Förderhöhepunkt in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts überschritten sein wird. Bei den Metallen ist die Situation teilweise noch dramatischer; es wird eindrucksvoll gezeigt, wie sich der Rückgang der Metallhaltigkeit der bestehenden Vorräte auf die Abbaukosten (ökonomisch und ökologisch) auswirkt.

Was die Senkenproblematik angeht, so haben neuere Berichte gezeigt, dass die Situation sogar noch dramatischer ist als im Update-Bericht von 2005 angenommen. Obwohl es hier eindrucksvolle Teilerfolge gibt – die FCKW-Problematik wird von den Autoren als positives Beispiel dafür zitiert, dass ein Wandel möglich ist – ist die Klimaveränderung als Indikator der Grenzüberschreitung bereits Realität. Keine Lösungen gibt es bislang für die Belastung durch nukleare Abfälle und durch Abfälle synthetisch hergestellter chemischer Produkte.

Märkte und Technik

Auf der Grundlage ihres ursprünglich schon 1972 entwickelten „Weltmodells“ zeigen die Autoren, dass die Grenzen des Wachstums, d.h. der Zeitpunkt, ab dem der Aufwand zur Aufrechterhaltung der Pro-

duktion so groß wird, dass er mit einer Reduzierung des Lebensstandards verbunden ist, durch die Anwendung von energie- und ressourcensparenden Techniken bedeutend hinausgeschoben werden können. „Wenn diese Techniken in großem Umfang eingesetzt werden können, erlauben sie bei gleichem Fußabdruck einen höheren durchschnittlichen Lebensstandard. Das ist nichts anderes als die oft zitierte Entmaterialisierung der modernen Weltwirtschaft.“

Aber: „Je erfolgreicher eine Gesellschaft ihre Grenzen durch wirtschaftliche und technische Anpassungen verschiebt, desto wahrscheinlicher wird sie später gleichzeitig an mehrere dieser Grenzen stoßen.“ (1, 231) Dies hängt auch damit zusammen, dass das exponentielle Wachstum die Zeit verkürzt, innerhalb derer die neuen Grenzen auftauchen – damit sinkt auch die Zeit, die zur Entwicklung neuer Techniken zur Verfügung steht. Der diesbezügliche Pessimismus der Autoren hängt auch mit der Wirkung von Märkten zusammen: Diese zeigten Knappheiten viel zu spät an, „der Markt ist blind für die langfristige Entwicklung und schenkt den eigentlichen Quellen und Senken keine Beachtung, bis sie nahezu erschöpft bzw. ausgelastet sind und es bereits zu spät ist, noch eine befriedigende Lösung zu finden.“ Die kontraproduktive Wirkung der Märkte wird am Beispiel der Erdölpreise und der Fischerei illustriert – vor allem letzteres Beispiel zeigt, wie der Preismechanismus zur Vernichtung einer lebenswichtigen Ressource führt: „Die traditionellen Märkte und die Technik haben die Meeresfi-

scherei weltweit an den Rand des Zusammenbruchs gebracht.“ (1, 242)

Nachhaltigkeit, Nächstenliebe und Solidarität

Als Alternative fordern die Autoren den Übergang zu einer nachhaltigen Gesellschaft: „Aus Sicht der Systemforschung ist eine Gesellschaft nachhaltig, wenn sie mit Informationsmechanismen, sozialen und institutionellen Strukturen ausgestattet ist, die diejenigen positiven Rückkoppelungen unter Kontrolle halten, die exponentielles Wachstum von Bevölkerung und Kapital verursachen.“ (1, 264). Im Kern geht es den Autoren um „Verlangsamung und schließlich Beendigung des exponentiellen Wachstums von Bevölkerung und materiellem Kapital“ (1, 270) bei – und das spielt im Bericht eine große Rolle – Beendigung der ungerechten Verteilung (1, 266). Dabei ist ihnen irgendwie bewusst, dass es Leute gibt, die „vom gegenwärtigen System profitieren“ und dass diese Leute Macht haben. Trotzdem setzen sie – sich auf ihre Eigenschaft als Naturwissenschaftler zurückziehend – auf rationale Überzeugung, wohl wissend, dass das nicht ausreicht. Darüber hinaus propagieren sie: „Entwicklung von Wunschvisionen, Aufbau von Netzwerken, Wahrhaftigkeit, Lernbereitschaft und Nächstenliebe.“ (1, 281)

Bei allen Unterschieden im analytischen Instrumentarium berühren sich in diesem Punkt die hier besprochenen Arbeiten. Die von Meadows am Ende skizzierten Strukturprinzipien einer nachhaltigen Gesellschaft ähneln sehr Altvaters solidarischer Ökonomie. Im Gegensatz zu Meadows

versucht Altvater jedoch, diese Perspektive in dem Sinne wissenschaftlich abzuleiten, als die Möglichkeit sich (mit Musil) immer auf die Wirklichkeit bezieht (2, 216).

Doch der Reihe nach: Altvater diskutiert zunächst in guter marxistischer Tradition die heutigen Perspektiven für die Überwindung des Kapitalismus. Sein Buch ist im Kern eine revolutionstheoretische Arbeit. Mit Braudel hält er eine Überwindung des Kapitalismus nur durch das Zusammenwirken von äußeren Krisenfaktoren mit im Innern entwickelten glaubwürdigen Alternativen für möglich. Der äußere (Todes-?)Stoß, der dem Kapitalismus bevorsteht, ist die Erschöpfung der fossilen Brennstoffe, insbesondere des Öls. Glaubwürdige Alternativen zum Kapitalismus dagegen können keine Wunschbilder oder Schreibtischkonstrukte sein, sie können nur aus der Praxis sozialer Bewegungen erwachsen: „Die neue Gesellschaft wächst in der alten heran“. (2, 18)

Der globalisierte Kapitalismus als Raubkapitalismus

Altvater legt zunächst eine kurz gefasste und problemorientierte Analyse des modernen Kapitalismus vor, wobei er – wie letzten Endes auch die Autoren des Club of Rome – den Widerspruch zwischen der räumliche und zeitliche Grenzen begrifflich ausschließenden Kategorie des Kapitals (als sich selbst verwertender Wert) einerseits und der tatsächlichen Begrenztheit von Raum und Zeit andererseits in den Mittelpunkt stellt: „Die kapitalistische Ökonomie ist im Prinzip Geoökonomie und ihre Akteure streben über alle Grenzen.

Dabei handelt es sich keineswegs nur um geographische Grenzen im territorialen Raum, sondern auch um die der Zeit. ... Denn nur durch Beschleunigung aller Prozesse lässt sich die Produktivität steigern ...“ (2, 60). Er diskutiert vier historische Formen der kapitalistischen Aneignung und vertritt die Ansicht, dass heute die „Aneignung nicht durch Produktion sondern durch Enteignung“ die vorherrschende Tendenz sei (2, 70), wobei er relativ ausführlich den Widerspruch zwischen steigenden Renditeansprüchen des Finanzkapitals bei sinkender Profitabilität des Industriekapitals behandelt: Dieser äußere sich in Form steigender Realzinsen bei sinkenden Kapitalrenditen. „So entsteht eine prekäre Lage, da die Basis, auf der die finanzgetriebene Akkumulation allein erfolgreich sein könnte, nämlich eine dynamische reale Ökonomie, durch eben diesen Prozess stranguliert und in die Krise getrieben wird.“ (2, 119). Der globale Kapitalismus zeige daher heute erneut Elemente „eines ‚prämodernen‘ Plünderungs- und Wucherkapitalismus“. Aber angesichts historisch extrem hoher Wachstumsraten der materiellen Produktion vor allem in den Schwellenländern – Altvater behandelt das veränderte Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie (vgl. z.B. Z 67, September 2006) nicht – und hoher Profitraten auch des Industriekapitals erscheint seine These der ‚Erstickung‘ des Realkapitals durch steigende Profitansprüche des Finanzkapitals als erklärungsbedürftig.

Fossiler Kapitalismus am Ende

Das berührt allerdings nicht den Kern seiner These – denn Altvater

zufolge sieht sich der Kapitalismus heute einem „externen Schock“ gegenüber, den er schwerlich überleben kann (immerhin hält sich Altvater den Ausweg „wie wir ihn kennen“ offen): Das Ende des Ölzeitalters, d.h. die Erschöpfung der fossilen Energieressourcen könne der Kapitalismus kaum überleben. Fossile Energien sind – so Altvater – eine Existenzbedingung des Kapitalismus, „Energie- regime, soziale Formation und europäischer Rationalismus passen als ‚heilige Dreifaltigkeit‘ der Kongruenz zusammen.“ (2, 85) Fossilismus sei ein Wesensmerkmal des Kapitalismus, hauptsächlich aufgrund der stofflichen Eigenschaften fossiler Energien (Ortsunabhängigkeit, Zeitunabhängigkeit, Zentralisationsfähigkeit, Mobilität). Mit dem Ende der fossilen Energien – deren Nutzung vom dort investierten Kapital mit allen Kräften verteidigt wird – sei auch das Ende des Kapitalismus eingeläutet, weil die einzig zukunfts-trächtige Energieform, die Solarenergie, als Flussenergie (im Unterschied zu fossilen Bestandsenergien) viele der oben erwähnten Eigenschaften nicht besitzt. Insbesondere hält Altvater die Nutzung von solaren Flussenergien mit dem Tempo und der Zentralisierung der kapitalistischen Akkumulation für unvereinbar.

Solare Energie sei letzten Endes nur mit einer solidarischen Ökonomie kompatibel. „Es ist kaum vorstellbar, dass das Einreißen der ‚energetischen Brandmauer‘ ohne Umsteuern der fossil-kapitalistischen Ökonomie in Richtung einer solidarischen Ökonomie durchführbar ist.“ (2, 83)

Solidarische Ökonomie als Embryo im Kapitalismus

Damit wären wir bei der zweiten Voraussetzung für revolutionäre Veränderungen, einer sich in der sozialen Praxis herausbildenden glaubwürdigen Alternative zum fossilen Kapitalismus. Diese Alternative muss sich nach Ansicht von Altvater ebenso von markt- und tauschorientierten Handlungslogiken wie von hierarchisch organisierten Planungs- und Umverteilungsansätzen verabschieden. Nur das „Prinzip der Solidarität und Fairness“ sei als Grundlage einer solaren Gesellschaft angemessen: „Menschliche Sicherheit ist ein Element der solidarischen und fairen Ökonomie, und umgekehrt ist solida-risches Wirtschaften eine Bedingung für die Verbesserung sozioökonomischer und menschlicher Sicherheit.“ (2, 197) Es geht um die Wiederaneignung von Raum und Zeit gegen die Unsicherheit produzierende kapitalistische Marktökonomie, welche sich aus Raum und Zeit zu „entbetten“ sucht. Wiederaneignung von Raum und Zeit sieht Altvater als Kernforderung moderner sozialer Bewegungen wie die der Landlosen in Brasilien, der Zapatistas in Mexiko oder auch italienischer Fabrikbesetzer. Elemente einer so definierten „solidarischen Ökonomie“ existierten schon heute an vielen Stellen. Er bezieht sich dabei auf alte und neue Erscheinungen des Non-Profit-Sektors, wobei er allerdings einräumt, dass deren Reichweite bislang begrenzt ist: „In vielen Fällen ist die solidarische Ökonomie, sind die neuen Genossenschaften ein Kind der Not.“ (2, 205) Es überrascht allerdings dass Altvater diesen traditions-

reichen politischen Ansatz (Herausbildung einer gemeinwirtschaftlichen Ökonomie im Kapitalismus mit systemüberwindendem Charakter) nicht historisch diskutiert. Denn von frühsozialistischen Experimenten (Owen, Louis Blanc) über die Lassalleanischen Produktivgenossenschaften, über Fritz Naphtalis Wirtschaftsdemokratie bis hin zur grünen „Dualwirtschaft“ der achtziger Jahre ist die Vorstellung, dass der Sozialismus im Kapitalismus aus den Keimzellen gemeinwirtschaftlicher (Non-Profit-Sektor) Wirtschaftseinrichtungen „wie ein Embryo im Mutterleib“ (Achim von Loesch) heranwachsen würde eine Konstante antikapitalistischer Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Auch das von Altwater in diesem Zusammenhang angesprochene Problem des Verhältnisses des Non-Profit-Sektors zum kapitalistischen (Welt)markt ist schon vielfach behandelt worden: „Die Artikulation zwischen informeller und formeller Ökonomie, zwischen kleinen und großen Unternehmen, zwischen lokaler und globaler Wirtschaft kann anders als in subalternen Unterwerfung unter die Sachzwänge des Weltmarkts gestaltet werden“, behauptet er. Zu diesem Thema gibt es aber eine Fülle von praktischen Erfahrungen und von Literatur, nicht zuletzt über das von Oppenheimer formulierte „Gesetz der Transformation“, demzufolge Genossenschaften im Kapitalismus zwangsläufig entarten oder aber untergehen müssten. Warum ein so belesener und mit der Tradition der sozialistischen Bewegungen vertrauter Autor diesen Strang antikapitalistischer Ansätze nicht thematisiert, bleibt unklar.

Liest man die beiden Arbeiten zusammen, so fällt die Kluft auf, die zwischen der analytischen Klarheit bei der Beschreibung der Probleme einerseits und der Unbestimmtheit der Ansätze zu ihrer Lösung andererseits besteht. Insbesondere Altwater verabschiedet sich – mit Recht – von Vorstellungen historischer Gesetzmäßigkeiten, bei denen jeder Widerspruch seine positive Aufhebung quasi automatisch findet: „Die Zukunft ist offen, und sie wird gemacht.“ (2, 217) Wie genau bleibt aber in beiden Arbeiten mehr oder weniger unklar. Angesichts von Analysen, die grundlegende stoffliche Umbrüche (mit der Potenz von Katastrophen) noch in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts erwarten, ist die Unklarheit der Alternativvorstellungen alarmierend.

Jörg Goldberg

Liegt die Zukunft der Städte in den Slums?

Mike Davis, Planet der Slums, Assoziation A, Berlin 2007, 247 S., 20 Euro; Worldwatch Institute (Hrsg.), Zur Lage der Welt 2007. Der Planet der Städte, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2007, 327 S., 19.90 Euro

Vermutlich schon in diesem Jahr werden weltweit zum ersten Mal mehr Menschen in Städten als auf dem Land leben. An der Spitze dieser Entwicklung stehen Städte mit mehr als 20 Mio. Einwohner/-innen, deren Liste 2004 von Mexiko-Stadt angeführt wurde. Die Last des zukünftigen Bevölkerungswachstums wird jedoch nicht von diesen Riesen-

städten, sondern überwiegend von kleineren Städten und Ballungsgebieten getragen werden; und dieses Bevölkerungswachstums entfällt zu 95 Prozent auf die städtischen Gebiete der Entwicklungsländer. Diese Entwicklung ist Gegenstand zweier in diesem Jahr auf Deutsch erschienener Bücher.

Der US-amerikanische Stadtsoziologe Mike Davis hat mit seinem "Planet der Slums" eine fulminante Anklageschrift gegen die Ausbreitung der Slums vorgelegt (im folgenden zitiert als „Slums“).

Die Städte der Zukunft werden „nicht aus Glas- und Stahlkonstruktionen bestehen, wie es sich frühere Generationen von Urbanisten ausgemalt haben, sondern eher aus grobem Backstein, Stroh, recyceltem Plastik, Zementblöcken und Abfallholz. Statt in hoch zum Himmel strebenden Lichterstädten zu leben, wird ein Großteil der urbanen Welt des 21. Jahrhunderts inmitten von Umweltverschmutzung, Exkrementen und Abfall im Elend versinken.“ (Slums, 23) – so die düstere Erwartung Davis'.

Schon heute lebt ein Drittel der städtischen Bevölkerung der Welt in Slums. Was aber ist überhaupt ein „Slum“? Davis bezieht sich auf eine Definition der UN aus dem Jahr 2002. Demnach ist ein Slum „eine überfüllte, ärmliche bzw. informelle Unterkunft ohne angemessenen Zugang zu Trinkwasser und sanitären Einrichtungen sowie ungesicherter Verfügungsgewalt über Grund und Boden“. Weltweit gibt es wahrscheinlich mehr als 20.000 solcher Slums, deren jeweilige Bevölke-

runگزahl von ein paar hundert bis zu mehr als einer Million Menschen reicht.

Die räumliche Segregation in Stadtteile, in denen die Armen gezwungen sind, „mit der Bevölkerungsdichte eines Ameisenhügels zu wohnen“ (Slums, 103), und in Stadtteile, in denen die Reichen ihre Gärten und weitläufigen Grundstücke genießen, „ist kein starrer Zustand, sondern ein endloser sozialer Krieg“ (Slums, 105). Ein Krieg, in dem jedes Jahr Hunderttausende, manchmal Millionen von Armen der Entwicklungsländer gewaltsam geräumt werden.

Als Folge oder aus Furcht vor dieser Vertreibung siedeln Menschen in Sümpfen und Überschwemmungsgebieten, auf Vulkanen, rutschigen Hängen, Müllbergen, Chemiemülldeponien, an Rangiergleisen und Wüstenrändern. Viele Slums liegen neben Pipelines, Chemieanlagen und Raffinerien und sind von einem Schleier aus Schadstoffen eingehüllt; und viele Slumbewohner müssen wortwörtlich „in der Scheiße leben“.

Doch Davis belässt es nicht bei der eindringlichen Beschreibung der Lage in den Slums. Ihn interessieren auch die Ursachen dieser Entwicklung. Mit Blick auf das revolutionäre Kuba und auf die Politik von Staatsmännern wie Nasser, Nehru und Sukarno, die am Ende der 1950er und zu Anfang der 1960er Jahre versprochen, die Slums zu sanieren und viele neue Wohnungen zu bauen, stellt er fest: „Der Slum war nicht die unausweichliche Zukunft der Stadt.“ (Slums, 66)

Fast ein halbes Jahrhundert später haben die Regierungen jedoch längst

jede ernsthafte Bemühung zur Beseitigung der Slums aufgegeben. Verantwortlich hierfür sind für Davis vor allem die Struktur Anpassungsprogramme von IWF und Weltbank, die in den späten 1970er und 1980er Jahren mit einem „Giftcocktail“ (Slums, 161) aus Abwertung der Landeswährung, Privatisierung, Aufhebung der Importkontrollen und Nahrungsmittelsubventionen und rücksichtslose Kürzungen im öffentlichen Sektor der Schuldnerländern die Abwanderung überschüssiger landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in die urbanen Slums selbst dann noch vorangetrieben haben, als die Städte aufgehört hatten als Jobmaschinen zu wirken. IWF und Weltbank übernahmen auch mehr und mehr das Kommando über die Gestaltung der Rahmenbedingungen städtischer Wohnungspolitik: Statt die Slums durch angemessenen Wohnraum zu ersetzen, wurde deren „Sanierung“ zum Hauptziel erklärt.

Während grün-alternative Kreise Hand in Hand mit IWF und Weltbank „von den Fähigkeiten der Armen zur gemeinschaftlichen Selbstorganisation und ihrer Geschicklichkeit beim Hausbau“ (Slums, 78) schwärmen, sieht Davis hierin schlicht „eine radikale Abwendung vom sozialen Wohnungsbau“ (Slums, 78f.) und in diesem Rückzug des Staates einen Hauptgrund für die Zunahme von Armut und Ungleichheit: „Die Lobpreisung der Selbsttätigkeit der Armen wurde zum Deckmantel für die Aufkündigung der historischen Verpflichtung des Staates, Armut und Obdachlosigkeit zu beseitigen.“ (Slums, 79)

Davis erkennt, dass die Lösung der globalen Umweltkrise in den Städten

liegt: Nur die urbane Dichte ermöglicht eine effiziente Ressourcennutzung. Tatsächlich jedoch verschmutzen und zerstören die Städte der Entwicklungsländer systematisch ihre lebenswichtigen Ökosysteme und sind „zum Müllablageplatz für eine überschüssige Bevölkerung ungelerner, unterbezahlter und entgarantierter Arbeitskräfte im informellen Dienstleistungsgewerbe und Handel geworden“ – so die von Davis zitierte Analyse des 2003 erschienenen UN-Berichtes *The Challenge of Slums*¹.

Statt einen Automatismus zu unterstellen, aus dem heraus aus dem Elend der fortschrittliche Widerstand erwächst, sieht er vielmehr die Gefahr, dass der „erbarmungslose Kampf ums Überleben [...] zu selbstzerstörerischer Gewalt in den Communitiys [führt]“. (Slums, 210) Neben der möglichen Option, sich revolutionären sozialen Bewegungen anzuschließen, stehen vielfältige andere „Lösungen“ zur Auswahl: charismatische Erlöserkirchen, ethnische Milizen, Straßengangs und neoliberalen NGOs. Letzteren wirft er vor, einen „sanften Imperialismus“ (Slums, 83) zu betreiben und die urbanen sozialen Bewegungen zu befrieden, indem sie „die Aufmerksamkeit der Leute von den größeren politischen Übeln des Imperialismus auf rein lokale Belange [ablenken]“. (Slums, 84) Gerade auf die so Gescholtenen NGOs richten sich hingegen die Hoffnungen des Worldwatch Institute, dessen aktueller Bericht „Zur Lage

¹ United Nations Human Settlements Programme (UN-Habitat) (Hg.): *The Challenge of Slums. Global Report on Human Settlements*, London 2003.

der Welt 2007² sich im Kontrast zum groben Strich Davis gerade detailliert mit den ‚kleinen‘, lokalen Lösungsansätzen für globale umwelt- und sozialpolitische Herausforderungen befasst.

Ergänzend zu den thematischen Darstellungen in den Kapiteln zu Wasser- und Sanitärversorgung, Landwirtschaft in den Städten, Transportsystemen, Energie, Naturkatastrophen, Lokale Ökonomie und Kampf gegen Armut und für Umweltgerechtigkeit werden zu unterschiedlichen Herausforderungen konkrete Beispiele für gelungene Stadtentwicklung aus so unterschiedlichen Städten wie Timbuktu, Lagos, Melbourne, Freetown, Rhizao oder Brno vorgestellt.

Der gesamte Tenor dieses Buches ist sehr viel optimistischer als derjenige von Davis, der die Zukunft eher in dunklen Farben ausmalt. Aufgezeigt werden nicht nur die Probleme, mit denen die Städte der Welt konfrontiert sind, sondern auch die „bemerkenswerte Reihe vielversprechender Vorstöße, die in den letzten paar Jahren überall gemacht werden“. (Städte, 54)

Ein Mangel des populärwissenschaftlich geschriebenen Buches von Davis ist sicher, dass er in einem Parforceritt durch die Jahrzehnte und über die Kontinente eilt und die Zahlen und Fakten in Windeseile an Leserin und Leser vorbeirauschen. Am Ende wird man nichts Genaueres erfahren, aber den Eindruck gewonnen haben, dass Einiges sehr schief läuft. Doch wer Lösungen für die benannten Probleme sucht, der wird von Davis Buch

enttäuscht, denn Auswege aus der Misere zeigt es keine auf. Und der größte Mangel ist sicherlich das weitgehende Fehlen der Kämpfe der Armen gegen ihre bedrückende Lebenssituation.³

Während Davis eine Welt beschreibt, „in der die Forderungen der ausländischen Banken und Kreditgeber gegenüber den lebensnotwendigen Bedürfnissen der urbanen und ländlichen Armen immer Priorität haben“ (Slums, 161), ‚wagt‘ der Bericht des Worldwatch Institute gerade einmal, darüber nachzudenken, dass es „vielleicht [!] [...] der Fehler der 1990er Jahre [war], wirtschaftlich sinnvolle Prinzipien in der Wasser- und Sanitärversorgung [...] mit den Interessen großer Privatunternehmen zu verwechseln und zu glauben, nur große Privatunternehmen könnten den Sektor wirtschaftlich betreiben“. (Städte, 117)

Diese Zurückhaltung ist Programm, und nicht zufällig wurde die von der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch herausgegebene deutsche Ausgabe von der Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann (SPD) und dem Freiburger Oberbürgermeister Dieter Salomon (Grüne) vorgestellt – derjenige Salomon, dessen Plan, die städtische Wohnungsgesellschaft zu veräußern, durch einen Bürgerentscheid gestoppt werden musste.

Es liegen also zwei sehr unterschiedliche Bücher vor, doch beide verdienen es, gelesen zu werden. Sie tragen

² Im Folgenden zitiert als „Städte“.

³ Erfreulich, dass Davis bereits einen Folgebände angekündigt hat, in dem er den in den Slums verwurzelten Widerstand untersuchen will.

auf ihre je eigene Art und Weise dazu bei, das Interesse für die Slums zu wecken und aufzuzeigen, dass in denn Städten der Schlüssel zur ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit liegt.

Hans Günter Bell

Vermittlungsarbeit

Marcus Hawel/Gregor Kritidis (Hrsg.), Aufschrei der Utopie. Möglichkeiten einer anderen Welt, Offizin-Verlag, Hannover 2006, 304 S., 18,00 Euro

„Trotz objektiv technischer Möglichkeiten der Abschaffung von Armut und Elend verschärft der Markt-radikalismus die gesellschaftlichen Strukturprobleme und blockiert das produktive Experimentieren mit alternativen Lösungsansätzen. Nichts aber ist wichtiger, als die schöpferischen Potentiale zur Überwindung der Probleme freizusetzen. Denn nur wenn gedanklich die bestehenden Grenzen überschritten werden, lassen sich die Kräfte mobilisieren, die für die materielle Überschreitung derselben notwendig sind.“

Dieser auf dem Klappentext formulierte – freilich nicht anspruchslöse – Aufgabe, versuchen die Autoren gerecht zu werde. Wie das bei Sammelbänden so üblich ist, gelingt dies mal mehr, mal weniger. Insgesamt jedoch – um das Fazit vorwegzunehmen – ist das Buch eine äußerst anregende Intervention in die Diskussion zum Utopiebegriff und seine Fruchtbarmachung für die (real)politischen Kämpfe der systemkritischen bis antikapitalistischen Linken.

Konzeptionell fußt die Publikation auf der Hannoveraner-Veranstaltung „Die Möglichkeit einer anderen Welt. Kongress zu konkreter Utopie und realpolitischer Intervention“ aus dem Oktober 2005, die von dem Online-Magazin „Sozialistische Positionen“ und der Loccumer Initiative kritischer WissenschaftlerInnen organisiert wurde.¹ Die dort gehaltenen Referate werden hier dokumentiert.

Beim Utopiebegriff herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass Ernst Bloch mit seinem Konzept der materialistisch realgeschichtlich bestimmten „konkreten Utopie“ das elaborierteste Konzept formuliert habe. Diesem zufolge stehe Utopie nicht – wie es nicht nur der alltagssprachliche Umgang oftmals nahelegt – für ein bloßes Wunschbild oder einen ahistorischen Luftschlossbau (Behrens, 88), sondern sei vielmehr ein gesellschaftskritischer Begriff, mit dem das uneingelöste „objektiv-real Mögliche“ einer Gesellschaft eben dieser als Gegenentwurf entgegeng gehalten werde. Eine Definition des Blochschen Utopiebegriffs zitiert Peter-Erwin Jansen in seinem Betrag „Die Begierde nach Gesellschaft“. Herbert Marcuses Blick für die Unzulänglichkeiten staatlicher Utopien“. Marcuse als Gesellschaftstheoretiker mit politischem Praxisbezug war in fast all seinen Schriften auf der Suche nach einer Alternative zum Utopiebegriff, um einerseits zur Vermeidung des Utopismus-Vorwurfs den Terminus aus seiner ahistorischen Befangenheit zu lösen (38) und andererseits um eine Abgren-

¹ Vgl. den Bericht von Johannes Kunze in Z 64, Dezember 2005, S. 169f.

zung gegenüber der Verwendung bei Marx vorzunehmen. Denn dort sei der Utopiebegriff zu sehr dem „Begriff des Kontinuums des Fortschritts“ verhaftet (37). Nachdem Marcuse 1968 zum ersten Mal mit Bloch selbst über Utopie diskutiert und in seinem Begriff der „konkreten Utopie“ seine eigenen alternativen Überlegungen zu den „realen, aber blockierten Möglichkeiten“ am präzisesten begrifflich erfasst gesehen hatte, schrieb er 1977 zustimmend in „Ökologie und Gesellschaftskritik“: „Blochs Idee der konkreten Utopie bezieht sich auf eine Gesellschaft, in der die Menschen es nicht mehr länger nötig haben, unter Bedingungen der Entfremdung ihr Leben als Mittel zur Erringung des Lebensunterhalts zu leben. Konkrete Utopie: ‚Utopie‘, weil eine solche Gesellschaft bisher noch nirgendwo existiert; ‚konkret‘, weil eine solche Gesellschaft eine reale historische Möglichkeit darstellt.“ (40)

Gregor Kritidis betont insofern in seinem einleitenden Beitrag „Konkrete Utopie und realpolitische Intervention“ die Doppelstellung des Begriffs: auf der einen Seite gegen „die noch nicht vollends reflektierten sozialen Gegenentwürfe“ gerichtet und auf der anderen „gegen diejenigen ‚Freunde der Realität‘, welche die der widersprüchlichen historischen Dynamik innewohnenden Möglichkeiten negieren und wissenschaftliches Denken zur Apologie irrationaler Herrschaftsverhältnisse herabwürdigen“ (11). Er plädiert dafür, mit dem Begriff der „konkreten Utopie“ ein zentrales methodisches Element sozialistischen Denkens stark zu machen: dass gesellschaftliche Gegenentwür-

fe realitätstüchtig zu sein haben und insofern aus der Kritik des Bestehenden zu entwickeln sind.

Joachim Perels verdeutlicht die Gegenwartsbedeutung der 1918 erstmals publizierten Blochschen Schrift „Der Geist der Utopie“. Diese bestehe darin, zunächst einmal auf ein zentrales Problem in der Tradition Marxschen Denkens aufmerksam gemacht zu haben. Abstrakt formuliert geht es um das Verhältnis von geschichtlicher Notwendigkeit und zielbestimmenden Eingriffen in den Geschichtsprozess, das bei Marx selbst durchaus offen sei. Konkreter stelle sich die Frage, wie die „werbende Kraft der Befreiungsdimension einer besseren Gesellschaft für die alltägliche Arbeit fruchtbar zu machen“ ist? (20). Die konkrete Beantwortung dieser Frage bleibt bei Perels etwas vage; auf der abstrakteren Ebene arbeitet er hingegen in Auseinandersetzung mit den so genannten Anti-Utopisten – etwa in Gestalt des jüngst verstorbenen Joachim Fests –, die jegliches utopisches Denken als totalitär denunzieren, heraus, welchen Irrweg dieses ideologische Denken beschreitet: nämlich „die Vorstellung einer ewigen Wiederkehr des Gleichen, die die Möglichkeit humaner geschichtlicher Veränderung ausschließt.“ (32)

Den avanciertesten Versuch der Vermittlung von (konkreter) Utopie und Realpolitik unternimmt Michael Jäger in seinem schlicht „Utopie und Realpolitik“ betitelten Essay. Jäger führt aus, dass es zur Verwirklichung von klassenloser Gesellschaft und ökonomischer Selbstbestimmung eines realpolitischen Vorlaufs bedürfe, der freilich paradox anmute, da das

konkret utopische Programm an die schlechte ökonomische Wirklichkeit nicht anschlussfähig zu sein scheine. Dennoch solle es ihr entgegengesetzt werden – und das „auch noch bei äußerst ungünstigen Kräfteverhältnissen“ (117). Im Folgenden erörtert Jäger folgende drei realpolitischen Regeln: Erstens: Sich auf das einlassen, wovon die Rede ist. Zweitens: Sich auf das stützen, was vorhanden ist und drittens: Das Neue aus dem Alten entwickeln. Die Verknüpfung dieser Fragen ist seines Erachtens stark genug, einen Bund von Menschen zusammenzukitteln, sie ist zweitens „dem Kapitalismus absolut entgegengesetzt“, und „sie ist gleichwohl drittens eine Art, ans Vorhandene anzuschließen. Utopie und Realpolitik schließen einander nicht aus.“ (126)

Marcus Hawel nimmt sich unter dem Titel „Negative und bestimmte Kritik“. Zur praktischen Seite der kritischen Theorie“ einer ähnlichen Fragestellung wie Jäger an – dessen Thesen er im Übrigen diskutiert. Die Erörterung des Spannungsverhältnisses von radikaler und konstruktiver Kritik, des Problems des Subjekts von politischen Veränderungen führt ihn schließlich zu der Schlussfolgerung, „dass die Praxis erst eine ist, wenn sie sich an der Theorie orientiert, das heißt richtige Praxis ist, – und dass die Theorie praktisch ist, wenn sie sich vermittelt. Als kritische Theorie ist sie das – auch und vor allem, wenn sie ihre Kritik, ihren Kampf gegen das Unreife in der Utopie, gegen das abstrakte Utopisieren genauso richtet wie gegen die utopiefeindliche Realpolitik.“ (116)

Moshe Zuckermann schließt sich in

seinem Vortrag „Aufschrei der Utopie als radikale Kritik von zweierlei Barbarei“ im Wesentlichen diesen Ausführungen zum Utopiebegriff an, gleichwohl geht es ihm weniger um die Frage der Utopie als solcher als um eine „rigorose, ganz radikale Kritik des Bestehenden“, wenngleich diese ohne „eine Folie des utopischen Horizonts eines radikal Anderen schlechterdings nicht zu haben ist“ (127). In Anschluss an Marx besteht für ihn der utopische Zustand darin, die Proportionen zwischen entfremdeter Arbeit und freier Zeit in Form eines Umschlagens von Quantität in Qualität zu verändern, sodass der Mensch möglichst viel freie Zeit zur Selbstentfaltung zur Verfügung hat und entfremdete Arbeit zur gesellschaftlichen Reproduktion auf ein Minimum reduziert wird (vgl. 129). Die in dem Titel angesprochenen zweierlei Formen der Barbarei betreffen nach Zuckermann erstens den makrosozialen Weltzustand. Demzufolge sei es barbarisch, dass Menschen gemessen an den historisch real gewordenen Möglichkeiten noch immer an Hunger sterben. Die zweite Form der Barbarei zielt auf die Tatsache, dass in den Gesellschaften der Ersten Welt die bereits existierende Möglichkeit der Überwindung bzw. der weitgehenden Reduzierung der entfremdeten Arbeitszeit ungenutzt bleibt. Warum, so fragt Zuckermann mit Marcuse, ist diese Barbarei vorherrschend, wenn es schon historisch möglich wäre, freie Zeit zur emanzipierten Entfaltung des Menschen strukturell zu schaffen? (136) Die Antwort sieht er auch darin begründet, dass die Gesellschaft die Menschen so sehr zu-

gerichtet hat, „dass sie nicht einmal mehr imaginieren können, was sie mit ihrer freien, arbeitslosen Zeit anfangen sollen.“ (137)

Christoph Görg weist auf eine Schwachstelle der Diskussion hin, die in der mangelnden Berücksichtigung gesellschaftlicher Naturverhältnisse liegt. Er zeigt in Auseinandersetzung mit den Schriften von Marx, Benjamin, Horkheimer und Adorno in seinem Text „Kein Kommunismus jenseits der Natur“, dass für die bestimmte Negation des Bestehenden die kritische Reflexion eben jener absolut zentral ist.

Neben diesen knapp zusammengefassten Beiträgen, die sich im engeren Sinne mit dem Utopiebegriff auseinandersetzen, sind des Weiteren die von Sven Oliveira Cavalcanti, Stefan Meretz und Oliver Heins zu erwähnen. Sie widmen sich Aspekten der konkreteren technischen Möglichkeiten zur Verwirklichung einer befreiten Gesellschaft. Erstere beschäftigt sich mit der Ambivalenz der heutigen technischen Potenziale, die beiden letzteren diskutieren das Thema freie Software als Keimform einer neuen Form gesellschaftlicher Produktion. Heins zufolge vollzieht sich in der kollektiven Produktion freier Software, „wenn auch noch weitgehend unbewusst, bereits im Schoße der alten Gesellschaft ein Teil der universellen Aufhebung der überkommenen, privatkapitalistisch überformten Arbeitsteilung vermittelt einer tatsächlich gesellschaftlichen Aneignung des Produktionsprozesses.“ (298)

Vor dem Hintergrund der in mancher Hinsicht im Wesentlichen auf realpo-

litische Aspekte fokussierten Debatten in der real existierenden politischen Linken, liefert der Band mit seinen Vermittlungsbemühungen von Realpolitik und (konkreter) Utopie wichtige Anregungen. Denn wie Ernst Bloch schrieb: „man braucht das stärkste Fernrohr, das des geschliffenen utopischen Bewusstseins, um gerade die nächste Nähe zu durchdringen.“

Guido Speckmann

Zur Aktualität von Wolfgang Abendroth

Urban, Hans-Jürgen/Buckmiller, Michael/Deppe, Frank (Hrsg.), „Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie“, Zur Aktualität von Wolfgang Abendroth, VSA-Verlag, Hamburg 2006, 214 S., 16,80 Euro

Im Mai 2006 fand im neuen Vorstandsgebäude der IG Metall in Frankfurt am Main eine viel beachtete und gut besuchte Tagung statt, die den hundertsten Geburtstag Wolfgang Abendroths zum Anlass hatte (Vgl. Z 67, September 2006, S. 136-147). Veranstalter waren der Herausgeberkreis der Schriften von Wolfgang Abendroth, die wissenschaftliche Vereinigung WissenTransfer sowie der Funktionsbereich Gesellschaftspolitik/Grundsatzfragen/Strategische Planung beim Vorstand der IG Metall. Es wird der Versuch unternommen, „Abendroths Positionen und Strategievorstellungen mit Blick auf die gegenwärtigen Herausforderungen der Linken einem wissenschaftlichen und politischen ‚Relevanztest‘ zu unterziehen“ (8).

Eröffnet wird der Band mit einem

Beitrag vom 1. Vorsitzenden der IG Metall: Jürgen Peters nähert sich mit Hochachtung dem Lebensweg Wolfgang Abendroths und dessen Wirken in den Gewerkschaften: „Abendroth wirkte durch seine Persönlichkeit tiefer in die Gewerkschaften hinein als oft wahrgenommen, auch in die IG Metall.“ (14)

Jürgen Habermas benennt die beiden Pole Arbeiterbewegung und Wissenschaft, um die sich die politische Lebensgeschichte Abendroths bewegte. Habermas ehrt den „großen Intellektuellen der Arbeiterbewegung, den Politikwissenschaftler und bahnbrechenden Juristen“ und schließt mit einer politischen These: Abendroths Perspektive, dass die Republik des Grundgesetzes innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens zu einer sozialistischen Demokratie ausgestaltet wäre, sei heute obsolet geworden: Die Konkurrenz der Gesellschaftssysteme sei „inzwischen zugunsten eines globalen Kapitalismus entschieden, dessen inklusive Netzwerke keinen Ausgang mehr offen lassen. Und eine politische wie rechtliche Zählung des Kapitalismus von innen, die nach wie vor, und dringlicher denn je, auf der Agenda steht, ist innerhalb des nationalen Rahmens nicht mehr möglich, nachdem die kapitalistische Wirtschaft nicht länger in ein internationales System eingebettet ist, sondern umgekehrt die Nationalstaaten ihren Imperativen unterworfen hat“. (24) Leider erörtert Habermas in diesem Beitrag nicht die politisch-strategischen Schlussfolgerungen, die sich hieraus für linke Intellektuelle ergeben.

Nach der Rolle des Intellektuellen und nach der Rolle des Intellektuel-

len Abendroth fragt Alex Demirovic. Er erläutert neben einer luziden Darstellung der Universitätslandschaft der 1950er und 60er Jahre und ihrer Veränderung bis in die Gegenwart hinein auf detaillierte Weise das Verhältnis von Wolfgang Abendroth und der Kritischen Theorie Adornos und Horkheimers und kommt zu dem Schluss, dass einer weiteren Vertiefung der Kooperation vornehmlich die ausdrückliche Bezugnahme Abendroths auf den Marxismus und die Arbeiterbewegung entgegengestanden haben müsse. Demirovic schließt mit kritischen Anmerkungen zu den Themen Sozialstaat, Gewerkschaften und Kontinuität, in denen er die Polarität von sozialer Demokratie und autoritärem Staat für nicht mehr haltbar erklärt und eine Notwendigkeit erläutert, dass sich die Gewerkschaften systematischer Umverteilung, sozialer Polarisierung, Prekariisierung und Verarmung entgegenstellen müssten. (44)

Frank Deppe setzt sich in seinem Beitrag mit der Frage der Aktualität des „organischen Intellektuellen“ der Arbeiterbewegung auseinander. Er schildert die Rolle Wolfgang Abendroths als Personifikation des Typus des „intervenierenden, sozialistischen Intellektuellen“, der nicht nur durch seine persönliche Integrität, seine moralische Kompetenz und seinen Mut überzeugte, sondern auch durch das Austragen und Aushalten der „Spannung zwischen dem Wirken in der Arbeiterbewegung (der Loyalität zur Bewegung, ihren Menschen und ihren Organisationen) und der Autonomie der wissenschaftlichen Analyse und der kritischen Solidarität mit der Politik der Organisa-

tionen der Arbeiterbewegung“ (48) Deppe erläutert, warum dieses Vorbild des intervenierenden, sozialistischen Intellektuellen in der großen Umbruchkrise der Gegenwart nicht einfach kopierbar ist und warum diese Rolle und ihre Funktionen immer wieder neu aufgebaut und begründet werden müssen. Dabei kann u.a. von Abendroth und Gramsci gelernt werden. Politisches Handeln bedarf immer des Wissens über die Funktionsbedingungen und Herrschaftsverhältnisse der bestehenden Ordnung, welches beständig erneuert werden muss. Zudem stützt sich radikales politisches Handeln der Arbeiterbewegung auf die Erkenntnis von der objektiven Möglichkeit einer humanen Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen. So muss die Spannung zwischen dem, was ist, und dem, was möglich ist, immer wieder neu ausgetragen werden – ein Prozess, an dem kritische politische Intellektuelle beteiligt sein sollten. So wirkt der sozialistische Intellektuelle im ‚intellektuellen Feld‘, aber er wirkt über dessen Grenzen hinaus, indem er an den Kämpfen der Subalternen – als Intellektueller – teilnimmt. (57)

Uli Schöler arbeitet in zehn Komplexen zusammengefasste Streiflichter zum politischen Lebensweg Abendroths heraus, die stark von seinen Eindrücken an der Arbeit der Edition der Frühschriften Abendroths geprägt sind. Er erläutert die Gründe, warum sich der junge Abendroth der kommunistischen Bewegung anschloss und benennt die Erfahrungen Abendroths mit dem Entzug politischer Aktionsmöglichkeiten durch verschiedene Parteidirektiven. Des

Weiteren umreißt Schöler Abendroths theoretischen Bezugsrahmen eines „zugleich klassischen wie zunehmend offener werdenden Marxismusverständnis“, aus dessen produktiver Verarbeitung er die spätere Konzeption für einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat entwickelte (72f).

Hans-Jürgen Urban benennt eine politökonomische und eine demokratiepolitische Funktionsbestimmung der Gewerkschaften durch Abendroth, die er umfassend darstellt und erläutert. In einem durchweg anregenden Beitrag setzt sich Urban mit der Relevanz dieser Gewerkschaftskonzeption in der Gegenwart auseinander: Die politökonomische Funktionsbestimmung der Gewerkschaften ist in der weiterhin kapitalistischen Grundstruktur der Berliner Republik offensichtlich; „das gilt für die Notwendigkeit einer kompromissbereiten, aber eben immer auch konfliktfähigen (also: kämpferischen) Interessenpolitik, die angesichts der zunehmenden politischen Angriffe auf gewerkschaftliche Positionen nichts an Relevanz verloren hat. Es gilt nicht minder für das Postulat einer fraktionsübergreifenden Gewerkschaftspolitik, das angesichts der drohenden Spaltung zwischen ‚Arbeitsmarkt-Insidern und –Outsidern‘, aber nicht minder der ständig wachsenden ‚Zone der Unsicherheit‘, also des wachsenden ‚Prekariats‘, an Aktualität sogar gewonnen hat.“ (90) Schwieriger sei die Relevanz des mehrdimensionalen, gewerkschaftlichen Demokratieauftrages zu bestimmen, welcher angesichts der gewerkschaftlichen Defensive vielfach als Überforderung empfunden

werde. Doch Urban erachtet gerade einen produktiven Umgang mit dem Abendroth'schen Demokratieauftrag als anregend, in dem er u.a. für ein gewerkschaftliches Rollenverständnis als einer zivilgesellschaftlichen Bewegung mit politischem Interessenvertretungsanspruch argumentiert, das die in der Betriebs- und Tarifpolitik generierten Machtressourcen in den politischen Arenen mobilisiert (93).

Joachim Perels, Detlef Hensche und Gerhard Stuby sind die Autoren des Blocks „Kampf ums Recht“. Perels setzt sich mit der Aktualität der Sozialstaatsinterpretation von Wolfgang Abendroth auseinander und nutzt diese als Folie für eine kursorische historische Analyse des Umgangs der rot-grünen Koalition mit der Garantie des sozialen Rechtsstaats. Am Beispiel der Arbeitsmarkt-, Steuer- und europäischer Verfassungspolitik zeigt er, dass die in der Arbeiterbewegung wurzelnde Gedankenwelt einer demokratischen Teilhabe der abhängig Arbeitenden am gesellschaftlichen Prozess in der Zeit der Regierung Schröder/Fischer strukturell vielfach negiert wurde (110).

Detlef Hensche macht Anmerkungen zum Sozialstaatsauftrag aus gewerkschaftlicher Sicht. Er konstatiert eine Durchmarkung der Gesellschaft, welche ein Feld nach dem anderen der politischen, der demokratischen Gestaltung entzieht und empfiehlt, nicht in die ideologische Falle der Trennung von Staat und Gesellschaft zu tappen, sondern politische Gestaltung weiterhin für möglich zu erachten. Die Bürger seien selbst die Subjekte sozialer Emanzipation, weshalb

man sich von einer verbreiteten Staatsfixierung verabschieden solle. Gerhard Stuby setzt sich mit Abendroths These des ‚transformatorischen Charakters von Verfassungs- und Völkerrecht‘ auseinander, die jener erstmals in seiner 1936 erschienen Doktorarbeit entwickelte. Stuby legt die politische und soziale Bedeutung dieser völkerrechtlichen Thematik für die Zeit der Systemkonkurrenz transparent dar. Er kommt zu dem Schluss, dass Grundgesetzartikel wie Art. 20 Abs. 1 (demokratischer und sozialer Bundesstaat) oder Art. 15 und 14 (Sozialisierungsmöglichkeit, Definitionshoheit) heute nur deswegen nicht beseitigt werden, weil sie für die sozialökonomischen und politischen Eliten ‚unschädlich‘ wären – sie würden daher präziser als Normen ‚auf Vorrat‘ zu begreifen sein, die bei ‚Rückbesinnung‘ und neuer Kraftentfaltung von alternativen gesellschaftlichen Gegenkräften genutzt werden können.

Michael Buckmiller schildert in seinem aus der Herausgeberschaft der gesammelten Schriften gespeisten historisch-biographischen Beitrag den „Einheitsfrontblick“ Wolfgang Abendroths. Er umreißt u.a. den interessanten und lebendigen Spannungsbogen zwischen der praktizierten Einheitsfrontpolitik des jungen Abendroths Mitte der 1920er Jahre und der implizit theoretischen Fundierung der Grundsätze der Einheitsfronttaktik in späteren Aufsätzen.

Joachim Bischoff und Richard Detje beschäftigen sich u.a. mit der gegenwärtigen Tendenz zum Finanzmarktkapitalismus. Sie erläutern die Durchsetzung und die Wucht des Neoliberalismus, trotz derer sich in

den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften keine neue Prosperitätskonstellation herauschäle (156ff.). Die These der Autoren lautet: Der Neoliberalismus als herrschende Ideologie des gegenwärtigen Kapitalismus sei eine Hegemoniekonstellation ohne einen klar konturierten geschichtlichen Block als sozialem Träger mit einem zukunftsfähigen historischen Projekt.

In einem letzten Abschnitt des Bandes sind kürzere Schilderungen von Begegnungen mit Wolfgang Abendroth enthalten. Heinz Brakemeier erläutert die Situation der 1950er und 60er Jahre für marxistische Intellektuelle, Jakob Moneta erinnert an die Linke im Kalten Krieg und erklärt detailreich die Wirkung Abendroths während des Prozesses gegen Viktor Agartz. André Leisewitz erläutert in seinem Beitrag die Beziehung Abendroths zum IMSF in Frankfurt am Main. Jörg Wollenberg schreibt über das Wolfgang-Abendroth-Forum in Nürnberg. Franziska Wiethold erinnert an Abendroth während der Studentenbewegung 1968. Reinhard Schwitzer schildert politische Veranstaltungen mit Wolfgang Abendroth. Stefan Schmalz kann in seinem Beitrag Abendroth'sche Prinzipien des Denkens und Handelns für die Gegenwart fruchtbar machen, in dem er auf einen Wechsel des raumzeitlichen Kontexts aufmerksam macht und die aktuelle Linksentwicklung in Lateinamerika als Beispiel dafür erläutert. David Salomon schließlich fragt danach, ob sich aus dem Intellektuellentypus, den Wolfgang Abendroth verkörperte, ein Prinzip ableiten könne, welches auch für ein heutiges intellektuelles Enga-

gement verbindlich sein könnte. Er stellt fest, dass sich im Zeitalter der neoliberalen Zertrümmerung der Er rungenschaften der Arbeiterbewegung alte Fragen neu aufdrängten und dass ein gegenwärtiger, zukünftiger Intellektueller der sozialen Frage heute unter dem Druck stehe, gegen das Vergessen der eigenen Traditionen anzukämpfen.

Gerade die kurzen Beiträge des letzten Blocks des Buches wünscht man sich teils durchaus länger. Mit den Beiträgen der ersten Blöcke werfen sie solch aktuelle Fragen für eine neue, gegenhegemoniale Linke und die Gewerkschaften auf, sodass das Buch seinem Anspruch durchaus gerecht wird: Es ist von einem roten Faden des konfliktintensiven Spannungsverhältnis zwischen einer kl assengespaltenen Gesellschaft und den Anforderungen an ein demokratisches Gemeinwesen durchzogen. Es kann als politische Anregung empfohlen werden.

Wolfram Burkhardt

Klischee und Phrase

Gabriele Stief, unter Mitarbeit von Hartmut Contentius, Nur wer mitgestaltet, überlebt. Gewerkschaft als Motor, Aufbau-Verlag, 2005, Berlin 202 S., 19,90 Euro

Zwei für Politik Verantwortliche der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung haben ein überflüssiges weiteres Stück Tendenzliteratur vorgelegt, das der Boulevardpresse zugetraut werden darf, aber bei zwei Politikredakteuren einer großen deutschen Tageszeitung in seiner Niveaulosigkeit doch überrascht.

Vorherrschend im Autorenteil sind das Klischee und die Phrase; Begriffe werden verwirrt statt auf ihren Kern gebracht; Lobhudeleien für eine bestimmte Art von Gewerkschaftspolitik, wie sie die beiden Verfasser verstanden wissen wollen, durchziehen das gesamte Buch, die im Kern aber nichts anderes sind als der wiederholte Aufguss neoliberaler Vorurteile über die gesamte Gewerkschaft. Wer nicht ihrer Meinung ist, wie die Chefdenker von IG Metall und ver.di, der habe sich „bereits seit längerem aus aktuellen wissenschaftlichen Debatten verabschiedet und in der linken Nische überwintert“ (131). Zum Ausgleich heulen Stief und Contenius umso lauter mit den neoliberalen Wölfen! Sie bringen die Geschichte der deutschen Gewerkschaften auf den vermeintlichen Punkt: „Die jüngste Geschichte der Gewerkschaften ist zugleich eine Geschichte der Verweigerung und des Abschieds aus politischer Mitverantwortung.“ (8)

Tröstlich für uns: Wenigstens Stief und Contenius haben die Zeichen der Zeit erkannt: „Die Zeiten, als sich führende Gewerkschafter noch von ihren Mitgliedern für die Durchsetzung kräftiger Lohnerhöhungen und kürzerer Arbeitszeiten feiern lassen konnten, sind längst vorbei. Die Globalisierung und der Fall der Mauer haben den Strukturwandel beschleunigt. Heute geht es um den Abbau von Industriearbeitsplätzen, im besten Fall um deren Erhalt.“ (39) Da verwundert es nicht, dass Stief den Gewerkschaften vorwirft: „Sie klammern sich an alte Gewissheiten und verteidigen den Status quo“ (149). Folglich sei klar: „Im Projekt

des freien Weltmarktes ... ist für die Gewerkschaften kein Platz.“ (150) Den Gewerkschaften wird geraten, „pragmatische Lösungen“ (158) zu suchen, „zukunftsfähige Gesamtkonzepte zu formulieren“ (158) und „Neues zu wagen“ (158). Inhaltsleerer hat man den dahinter verborgenen Appell, „sich von Grund auf zu wandeln und sich den neuen Herausforderungen zu stellen“ (153), selten gelesen.

Wer sich dem verschließt, bekommt den Vorwurf „Bremser“ (45), gar „Sachverwalter eigener Interessen und nicht (...) Anwalt der Massen“ (46) zu sein, wird gescholten wegen „mangelnde(r) Anpassungsbereitschaft der Gewerkschaften an die neuen Entwicklungen“ (46) oder gar als „eine Kampftruppe der Beschäftigten gegen die Unbeschäftigten“ (46). Wo doch jeder wisse – ein sehr beliebter Topos des Buchs: woher denn nur? –, dass sich das Modell der Solidarität „überlebt“ (49) habe. „Solidarität muss heute ‚durch das Fegefeuer konfliktorischer Kommunikation‘“ (49)

Auf jeden Fall sei der Flächentarifvertrag „mit seinen starren Vorgaben bei Lohn und Arbeitszeiten angesichts des weltweiten Wettbewerbsdrucks weithin überholt“. Als wäre es nicht gerade das Wesen eines Tarifvertrags, die Konkurrenz zwischen den Beschäftigten mit Vorgaben bei Lohn und Arbeitszeit einzuschränken! Aber Stief und Contenius sehen das anders; der Reformbedarf sei „unstrittig“ (77), ein Abschied vom Flächen-TV „zwingend“ (77). Wenn bei solchen betrieblichen Erpressungen die Arbeitszeit verlängert werde, sei dies „der Preis für die Sicherung

von Arbeit“ (78). Und auch die Vereinbarung von Sonntagsschichten sei lediglich „Mittel einer aktiven Standortsicherung, um im Wettbewerb mit südlichen Ländern mitzuhalten.“ (84) Öffnungsklauseln, abgesenkte Einstiegstarife, die Disponibilität des 13. Gehalts und die generelle Absenkung der Gehälter auf betrieblicher Ebene seien Beiträge „zum Erhalt des Standorts und der Arbeitsplätze“ (87). Volkswirtschaftlich zwar alles barer Unsinn, aber Gemeingut jedes neoliberalen Schwätzers! Die Tarifabschlüsse der Jahre 2002 und 2003 unterhalb des Verteilungsspielraums nennt man „verantwortungsbewusst“ (111); auch wenn dabei der BCE-Vorsitzende zitiert wird, volkswirtschaftlich klüger wird die Aussage dadurch auch nicht! Auf jeden Fall brauche man „die Verlagerung des (Tarif)Vertragsgeschäfts in die Betriebe“ (157), ohne dass Stief und Contentius fordern, die Betriebsräte dann von der Fessel der Friedenspflicht und dem Arbeitskampfverbot zu befreien. Mehrfach werden falsche Antinomien gezimmert, so etwa folgende: Es gehe heutzutage nicht mehr um „Klassenkampf“ und „Proletariat“, sondern um „Arbeitsverhältnisse, die von gegenseitiger Anerkennung geprägt sind“ (24).

Und wenn die beiden Autoren die Politik der BCE bewerten und fragen, „Kumpanei oder ein Modell mit Zukunft?“ (91), ist hier die Antwort klar. Es gebe keinen Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit mehr, sondern es gelte: „wir gegen die anderen“ in einer globalisierten Welt“ (103). Gewerkschaften könnten in der „Kämpferpose“ (132) verharren

oder „lieber Kompromisse schließen“ (132); die finale Alternative heißt in dieser „Logik“: „Konfrontation oder Partnerschaft mit dem einstigen Klassegegner?“ (132f.)

Selbstredend wird das in der Tat peinliche Spiegel-Interview des DGB-Chefs Sommer vom Februar 2005 wohlwollend aufgenommen: Er akzeptiere, „dass sich die Grundlagen des Sozialstaats durch die demographische Entwicklung, die anhaltende Massenarbeitslosigkeit und die Globalisierung stark verändert haben.“ (129) Erstaunlich, dass weder der Kollege Sommer noch die beiden Redakteure dazu kommen, die wirtschaftspolitischen Veröffentlichungen von Sommers eigener Gewerkschaft (wipo.verdi.de) zu lesen! Dort wird in der Regel solcherlei neoliberalen Gerede ordentlich entgegnet.

Begriffe zu verwenden, heißt zu begreifen, wovon man redet. Nehmen wir z.B. die Begriffe Kompromiss und Konsens: Kompromiss setzt voraus, dass beide Seiten zunächst ihre Interessen formulieren, sie vertreten und dann im Ergebnis auszugleichen suchen. Konsens ist aber der Ausgangspunkt gemeinsamer Interessenlagen. Stief und Contentius dagegen: „Ein Konsens verlangt Kompromisse.“ (100) Zweites Beispiel: Gemeinsamkeit definiere sich (132) „eben nicht mehr über die Klassenlage, sondern über den Austausch von Positionen“. Ganz offensichtlich werden hier zwei Ebenen, ein soziologischer Befund und ein Kommunikationsmodell, in eins gesetzt.

Das wäre alles abzutun als vermeintliche Auftragsschreiberei und Hofberichterstattung, wenn nicht am Ende

noch „fünf Ratschläge für die Zukunft“ (154 ff.) an die deutschen Gewerkschaften folgen würden. Kurz gefasst lauten diese, „die Rolle der Avantgarde gegen die Rolle als Dienstleister mit Überzeugung einzutauschen“ (133). Auch hier finden wir zentral die Forderung nach „betrieblichen Bündnissen und Standortvereinbarungen“ (156) statt des Flächentarifvertrags und gesamtgesellschaftlich die Aufforderung an die Gewerkschaften mitzumachen bei der stärkeren „Eigenbeteiligung“ der sozialen Absicherung (158); alles garniert mit der Mär von den zu hohen Lohnnebenkosten (158f.). Den Gipfel erreichen Stief und Contenius, wenn sie prekäre Beschäftigungsverhältnisse nicht als „Notlösungen“ (162), sondern als eine von den Betroffenen wohl selbst gewählte „mögliche Form, Arbeit und Familie zu organisieren“ (162), kennzeichnen.

Lesenswert bleibt allein das Gespräch zwischen Schmoldt und Oskar Negt (166ff.): Hier zeigt sich der BCE-Vorsitzende als ein klug argumentierender Gewerkschafter, dem es neben dem täglichen Pragmatismus durchaus um „eine längerfristige Perspektive“ (179) geht, der sieht, dass 1989 „ein Problem entstanden“ (186) ist, dass sich damit „unsere Verhandlungsposition nicht nur verändert“ (168) hat, sondern „geschwächt worden“ (168) ist.

Schmoldt postuliert explizit ein „gesamtgesellschaftliches Mandat“ (183) und stimmt Negt zu, dass dieses über die Funktion eines Interessenverbandes hinausgehen muss. Er spricht sich für mehr politische Bildung in der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit aus und folgt Negt in

seiner Definition dessen, was „betriebsnahe Tarifarbeit“ (192) sein könnte; er lehnt dabei ausdrücklich die von der Wirtschaft und der Union propagierte Form der betrieblichen Tarifpolitik ab (193); ganz im Gegensatz zu dem, was Stief und Contenius propagieren und Schmoldt und der BCE unterschieben wollen. Auch wenn man nicht alle von Schmoldt hier vorgebrachten Wertungen, insbesondere über die SPD und über sein Verständnis des „Sozialpartnerschaftsmodells“ (195), teilt, eins wird schnell in diesem Gespräch klar: Schmoldt und die IG BCE sind nicht die Karikatur, die Stief und Contenius mit diesem Buch aus ihnen machen wollen.

Friedrich Sendelbeck